

Bezugspreise der Rätekorrespondenz

Holland.....	10 ct.
Belgien.....	2.- fr.B.
Frankreich.....	1.- fr.
Dänemark.....	30 ø
Tschecho-Slovakei.....	1.75 kb
USA.....	10 ø
Schweiz.....	20 ome.
England.....	4 d.
Schweden.....	30 ø

Erschienen:

- No: 1 Der Zusammenbruchstheorie des Kapitalismus.
Die Wirtschaftslage im Nationalsozialismus.
- No: 2 Der historische Materialismus.
Hitler-Deutschland im Zeichen des Zusammenbruchs.
Thesen über den Kampf um die Arbeiterräte.
- No: 3 Thesen über den Bolschewismus.
- No: 4 Zur marxischen Akkumulations- und Zusammenbruchstheorie.
Die Intelligenz im Klassenkampf.
Der Kampf gegen die Herabsetzung der Erwerblosenunterstützung in Amsterdam.
- No: 5 Arbeiterräte und kommunistische Wirtschaftsgestaltung.
Vom Okzident zum Orient.
- No: 6 Zur Neuordnung der deutschen Arbeitsverfassung.
- No: 7 Grundlagen des gelben Imperialismus.
Bemerkungen über die Arbeiterbewegung in Deutschland.
Die Räte in der deutschen Revolution.
- No: 8/9 Das Werden einer neuen Arbeiterbewegung.
Thesen über Staat und Partei.
- No: 10/11 Die gesellschaftlich-durchschnittliche Arbeitszeit als
Grundlage der kommunistischen Produktion und Verteilung.
Das Werden einer neuen Arbeiterbewegung (Kritik).
- No: 12 Die Gegensätze zwischen Luxemburg und Lenin.
- No: 13 Die Entwicklung der russischen Aussenpolitik 1917-1935.
Bericht aus Dänemark.
- No: 14 Der Bergarbeiterstreik in Belgien Mai 1935.
Klassenkampf im Kriege.
- No: 15 Partei und Arbeiterklasse.
Kommunismus und Religion.
- No: 16/17 Riesenauseperrung in Dänemark.
Differenzen in der Rätebewegung über die Entwicklungstendenzen im Kapitalismus.
- No: 18/19 Massenstreik in Frankreich.
Klassenkampf in Spanien.
- No: 20 Russland von heute.
Das gelobte Land (Bericht aus Palästina).
Der Aufstand der Araber in Palästina.

.....
 R A T E K O R R E S P O N D E N Z No: 20 Dezember 1935
 Theoretisches- und Diskussionsorgan für die Rätebewegung
 Ausgabe der Gruppe internationaler Kommunisten - Holland

SOVIET - RUSSLAND HEUTE

I. Kritik an den Kritikern.

Die "sechszehn Schüsse" in Moskau haben in der Welt ihren Widerhall gefunden. Sie haben Anlass gegeben zu einem grossen Rätsekrat in Bezug auf die Frage, was wohl der wirkliche Grund dieses Geschehnisses sei. Abgesehen von den durch die Moskauer Zentrale dressierten sogenannten Kommunisten, herrschte überall Einigkeit darüber, dass man es hier mit einem der dunkelsten Punkte der Geschichte der letzten Zeit zu tun habe. Vergleiche mit der Reichstagbrandaffäre oder dem 30. Juni von Hitler sind vielfach gezogen worden. An allen möglichen Hypothesen herrschte kein Mangel, nur eine ernst zu nehmende Untersuchung der Ursachen dieser ganzen Geschichte, hat bis jetzt auf sich warten lassen. Man hat sich die Köpfe zerbrochen über Fragen, wie schuldig oder unschuldig, ohne zu bemerken, dass eine derartige Fragestellung, ob sie nun bejahend oder verneinend beantwortet werde, unter keinen Umständen das wesentliche aus der Sache betrifft. Im besten Falle ist eines nachgewiesen, nämlich die alles übertreffende Verwirrung, in Bezug auf Probleme, die für die Arbeiterklasse von besonderer Bedeutung sind.

Diese Verwirrung erscheint uns nicht als etwas Zufälliges, sondern wir meinen eine Reihe von Ursachen dafür anzeigen zu können. Die wichtigste Ursache für die Unfähigkeit kritischer objektiver Behandlung russischer Probleme liegt für die Parteien welche die sogenannte alte Arbeiterbewegung repräsentieren darin ^{enthalten} aufgeschlossenen, dass jede wesentliche Kritik an Russland auch eine Kritik ist am Wesen eben jener alten Arbeiterbewegung. Jene Sozialisten, die in Russland ihre Ideale ganz oder teilweise realisiert sahen, können sie die russische Realität in ihrer brutalen Nacktheit erkennen, ohne vorher zur Erkenntnis der Nacktheit ihrer eigenen Ideale gekommen zu sein? Sie sind zum Ersten nicht fähig, weil sie zum ideologischen Selbstord nicht fähig sind. Wenn man begreifen will, warum sich Russland vom Oktober bis zur Ausrottung der menschlichen Repräsentanten der Oktobertage entwickeln musste, so hat dies zur Voraussetzung ein Begreifen und richtig einschätzen der ökonomischen Struktur dieses Landes. Alle persönlichen Verhältnisse in einer Gesellschaft sind nur verpersönlichte Sachverhältnisse. Das weiss Herr Bauer ebensogut wie Herr Trotzki, sie nennen sich ja beide Marxisten, und doch hat uns keiner gezeigt wie die Sachen sich wirklich verhalten.

Die Bauer und Adler usw., für die Russland das Land des werdenden Sozialismus ist, sie tun erschreckt und reden von einem Rückfall in vergangene Verhältnisse, von einem "Unglück für den Sozialismus", oder gar von "barbarischen Sozialismus". Wir dürfen

von ihnen nicht erwarten, dass sie erkennen, wie sehr gerade das "Ideal" für den "Rückfall in die Barbarei" prädestiniert ist, sondern müssen es unserer Klasse beweisen.

Und Trotzki? Die ganze Schlammflut von Lüge und Gemeinheit bezahlter Russophilen hat sich über ihm ergossen. Sollen wir warten, bis er uns den Nachweis bringt, dass das Spritzen mit Unrat auch schon zu Trotzki's Zeiten zu einer Spezialität der russischen Machthaber gehörte und dass es absolut nicht erst seit Stalins glorreichem Regime üblich ist Arbeiter und Kommunisten zusammenzuschieszen, dass solche Handlungen vielmehr zu den Lebensnotwendigkeiten des russischen Systems gehören? O, nein. Trotzki versucht das Gegenteil zu tun und wir erwarten nicht mehr von ihm. Als die Kronstädter Kommunarden wie "Fasanen abgeschossen" wurden, geschah dies, weil die Bestrebungen derselben der Staate von Anno '80 feindlich gegenüberstanden, trotzdem es Forderungen revolutionärer Arbeiter waren. Wenn die "Sechszehn" öffentlich und geheim erledigt wurden, so doch nicht etwa darum, weil Russland von heute noch nicht einmal den relativen Kommunismus der Sinovjev-Kamenev mehr dulden kann? Es erscheint uns nicht so wesentlich, ob man auf Trotzki's oder Stalins Befehl abgeknallt oder verbannt wird, sondern warum solches geschieht. Die Antwort auf dieses "Warum" wird sich die Arbeiterklasse selbst suchen müssen, und nur diejenigen marxistischen Kräfte in ihr, welche auf dem Standpunkt der Klassenmacht stehen, also weder mit den Auffassungen Stalins oder Trotzki's oder der Herren von der zweiten Internationale sich identifizieren, können diese Antwort in die treffenden Worte kleiden.

Ob "schuldig" oder "unschuldig", dieses ist von zweitrangiger Bedeutung. Die Frage ist nicht ob die Sinovjevs (um dieses Wort als Gattungsname zu gebrauchen) Terroristen waren, oder ob die Kronstädter zu den Insurgenten zu zählen sind, sondern, warum zählen und zählten Kommunisten, die mit den Herrschern im Kremel nicht eins sind, zu den Vogelfreien, warum macht der "kommunistische Staat" Kommunisten unschuldig mittels Kugel oder Siberien, und mündet letztenendes in der neuen Frage; wer ist eigentlich kommunistisch; der "Staatskommunismus" oder die Kommunisten?

Diese letzte Frage ist der Angelpunkt für ein klares Erkennen und Begreifen dessen was sich in Russland abspielt. Wer auf sie keine eindeutige Antwort geben kann, der wird von Ereignissen wie der sechszehnfache Mord überrascht werden, wie vom Blitz am heiteren Himmel, gleich jene naiven Gemüter unter den "Freunden des neuen Russlands", die, weil sie es bis zum Langweilen in eigenst für sie geschriebenen Traktätchen gelesen hatten, nun auch glaubten, dass im Lande ihrer Träume alles in bester Ordnung sei.

Am Beginn der Erkenntnis steht der Zweifel; dies gilt auch für Russland. Wir wollen darum im Folgenden das russische Problem von einigen Seiten beleuchten um es seiner Problematik zu entkleiden.

II. Ein wesentliches Moment in der Entwicklung Russlands in den letzten Jahren.

Dem interessierten und aufmerksamen Beobachter der Zustände im "roten Sechstel der Erde" ist ohne Zweifel aufgefallen, wie besonders in der letzten Zeit eine Reihe, von revolutionären Standpunkt aus gesehen, äusserst reaktionärer Massnahmen durchge-

führt wurden. Gemeint sind das Abortusverbot, Einführung neuer Rangstufen im Heere, wie Marschälle u.a. Einführung neuer autoritärer Schulreglemente und noch eine Unmenge anderer Dinge. Die angedeuteten Massnahmen bewegen sich meist auf kulturpolitischen Gebiete und sind nur verständlich, wenn man sie als Folge tieferliegender Ursachen zu erkennen versucht, Ursachen nämlich die dem Gebiete der Ökonomie entstammen. Wenn es wahr ist, dass Veränderungen in der Sphäre der Ideologie, also des geistigen "Werberbaues" einer Gesellschaft, Veränderungen und zwar qualitativ gleichartige in ihrer Basis, in der Ökonomie, zur Voraussetzung haben, so müssen für Russland derartige Veränderungen oder Kräfteverschiebungen nachweisbar sein. Und selten war eine Forderung leichter erfüllbar als diese. Wir haben in Russland in den letzten Jahren eine ganze Serie von Neuregelungen konstatieren können und zwar solcher Art wie sie nur durch wesentliche, ja prinzipielle Verschiebung der Machtverhältnisse hervorgerufen werden können.

In diesem Zusammenhang ist nur nötig die seinerzeit aufsehen erregende Rede Stalins über die sechs Bedingungen oder Verordnungen, die Juni 1931 vor einer Zusammenkunft russischer Wirtschaftler gehalten wurde, der halben Vergessenheit zu entreissen. Die Kominternpresse nannte diese Rede damals, eine von historischer Bedeutung und hat in diesem Falle kein Wort zuviel gesagt.

Selten hat ein Politiker so radikal mit dem alten, bis dahin gefolgten Kurs gebrochen, als Stalin in 1931. - Nun zum wesentlichen Inhalt der Rede, zu den Veränderungen. Stalin forderte die Aufhebung der bis dahin bestehenden, relativen Gleichheit in der Entlohnung der Arbeiter, er brandmarkte diese Gleichheit als öde Gleichmacherei" und verlangte die Einführung eines ganzen Systems von Lohnstufen. Er forderte weiter, die Abschaffung der kollektiven Leitungen in den Betrieben und Ersetzung derselben durch die persönliche Leitung eines allein dem Staate verantwortlichen Funktionärs. Der wichtigste Punkt in den Stalinschen Ausführungen aber war zweifellos die Ankündigung der Einführung des Rentabilitätsprinzips für alle Betriebe. Der Rede folgte dann sofort eine Reihe Dekrete, welche diese und andere Forderungen Stalins in die Form von Gesetzen kleidete. Mehr als 30 Lohnstufen entstanden in der Folge, Lohnunterschiede von 100 Rubeln ansteigend bis zu einigen 1000 Rubeln im Monat kamen auf die Tagesordnung. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben wurde praktisch auf Null reduziert, die "roten Direktoren" wurden zu Autokraten in ihrem Reiche. Sie bekamen die für die Rentabilisierung ihres Betriebes nötigen Vollmachten. Eine Rationalisierung der Arbeitsprozesse wurde durchgeführt, eine mordende Jagd nach Erreichung eines möglichst hohen Lohns ins Leben gerufen. "Akkord ist Mord!" schrieen die Stalinisten in den ausserrussischen Ländern, in Russland selbst priesen sie die wundertätige Wirkung der Akkordlöhne.

Die Gewerkschaften wurden bald danach mit dem Arbeitskommissariat vereinigt und hörten endgültig auf tatsächlichen Kampf für Verbesserung der Lage der Arbeiter zu führen. Sie wurden zu Versicherungsvereinigungen und Propagandainstrumenten des Staates für eine möglichst hohe Ausführung der Arbeitsleistungen. (Siehe Beschluss des Z.K. 25. Juni 1933). Ja, sogar die Versorgung der Arbeiter mit Lebensmitteln erfuhr eine Umor-

ganisierung; sie wurde zum grossen Teil in die Hände der Betriebsleitungen gelegt, die sie als Mittel gebrauchten, "den besseren Arbeitern bessere Belieferung mit Lebensmitteln zu gewährleisten." Hatte bis dahin in der Arbeiterklasse eine ziemliche Gleichheit der Lebensverhältnisse bestanden - die zwar an besten als eine Gleichheit in Bezug auf das gemeinsame Elend qualifiziert wird - nun begann sich in ihr zu entwickeln eine Verschiedenheit der Lebenshaltung, eine Verschiedenheit der Interessen und eine solche in der Beurteilung des Staates und seiner Einrichtungen. Eine Zeitspanne, die der Gleichschaltung des Arbeiterbewusstseins alle ökonomischen Bedingungen lieferte, hatte ihr Ende gefunden.

Und die Ursache all dieser Massnahmen, die damals bereits von verschiedenen Richtungen in der Arbeiterbewegung als reaktionär, ja, kapitalistisch gekennzeichnet wurden, wo haben wie sie zu suchen? Stalin sagt es uns in derselben oben erwähnten Rede, siehe Seite 30 der Broschüre "Neue Verhältnisse - neue Methoden". "Es folgt schliesslich, dass man sich nicht mehr mit den alten Akkumulationsquellen begnügen darf, die weitere Entwicklung der Industrie und Landwirtschaft verlangt Einführung des Rentabilitätsprinzips, Verstärkung der Akkumulation innerhalb der Industrie."

Wenn in kapitalistischen Ländern die Akkumulation infolge Mangels an Mehrwert nicht mehr gewährleistet ist, so weiss jeder Prolet aus seiner täglichen Praxis welche Methoden der Kapitalist zur Anwendung bringt. Sie laufen, ungeachtet ihrer oft durch philanthropische Mätzchen verschleierte Form, immer aus auf eine Verschärfung der Ausbeutung. Auffallend ist wie sich hier "der erste und einzige Arbeiterstaat" der selben Methoden bediente. Nicht wenigen Kommunisten ist damals ein wesentlicher Teil ihrer Illusionen zerschlagen worden. Die harte Wirklichkeit zwang sie zum Begreifen der Tatsache, dass ihre Überzeugung, die Nationalisierung der Produktionsmittel sei ein genügende Garantie für das Verschwinden der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, ein Irrtum war. Allmächtige Staatsorgane, anstelle mächtiger Kapitalisten pressten den Einzelnen unter Anwendung der raffiniertesten Arbeitsmethoden zur Hergabe seiner letzten Kräfte, allmächtige Staatsorgane gaben dem Einzelnen dafür als Entgelt einen Betrag als Lohn, der kaum zur Aufrechterhaltung des nackten Daseins reichte. Dieses Verhältnis des russischen Arbeiters zum Staate und seinen Funktionären, gleicht es nicht aufs Haar demjenigen worin der Lohnklave in Westeuropa zu seinem Brotherrn steht? Neunmalweise Stalinisten erzählen uns zwar vom Gemeinschaftseigentum an den Produktionsmitteln, welches im "Sovjetstaat" bestehe, noch weisere Trotzkiten haben bis dahin im selben Chor, wenn auch nach anderer Melodie mitgesungen. Ist die Frage nicht berechtigt, warum denn die Arbeiter, die "gemeinschaftlichen Besitzer" dieser Produktionsmittel, so wenig Interesse zeigten dieses, ihr Eigentum möglichst rasch zu vermehren, dass Herr Stalin sie mit Hungerpeitsche und Zuckerbrot an ihre Pflichten erinnern musste? Ja, sogar mit strengen Gesetzen "zum Schutze des sozialistischen Eigentums" verhindern musste, dass die Arbeiter "ihr eigenes Eigentum" stikum in der Tasche mit nach Hause nahmen? Sind denn die russischen Proleten ebenso dumm, ebenso kurzsichtig, wie die Herren Stalinisten-weise sind, begreifen sie nicht die Schädigung ihrer ureigensten Interessen, die sie sich selbst zufügen?

Wir glauben sicher dass der russische Arbeiter begreift, wenn auch nicht, was ihm die Apostel der Komintern verkünden, so doch dies, dass er in keinem direktem Verhältnis steht, weder zu den Produktionsmitteln, noch zu dem Produkt seiner Arbeit. Er hat kein Interesse an diesen beiden Dingen, weil er Lohnarbeiter ist, gleich seine Brüder jenseits der Grenzen der USSR. Ob nun das Proletariat der USSR dies Letztere in seiner Gesamtheit völlig begriffen hat, oder ob noch grossen Massen ihre Ausbeutung durch Illusionen verschleiert wird, Tatsache ist, dass es trotzdem handelte und handelt, wie nur eine ausgebeutete Klasse zu handeln vermag. Und Stalin, ob er sich seiner Rolle als Oberhaupt einer auf Ausbeutung beruhenden Gesellschaft bewusst ist oder nicht, niemand hätte besser als er, 1931 und später es tat, die Notwendigkeiten einer solchen formulieren können.

Die russischen Verhältnisse sind nicht erst seit gestern kapitalistisch, ebensowenig als sie es erst seit 1931 geworden sind. Sie waren es im Wesen schon seit dem Zusammenschlagen der letzten freigewählte Arbeiterräte, aber nach 1931 hat sich diese Wirtschaft in beschleunigtem Tempo aller ihrer Struktur fremden Elemente entkleidet. Sie zeigt heute bereits sehr deutlich ihr wahres Gesicht und ebenso wie den Baum an seinen Früchten, kann man die "Sovjet"-Gesellschaft an ihren Handlungen erkennen, ein Erkennen, das wie schon gesagt, in dem Masse deutlicher und eindeutiger wird, wie die Einsicht in die Struktur sich vertieft.

Diejenigen Schichten, besonders unter den alten Bolschewisten, die die Ehrlichkeit als eine der Haupttugenden des Revolutionärs betrachten und sich darum unfähig erwiesen, den Stalinkurs durchdrücken zu helfen, sind seit Jahren schon in erbitterter Opposition zum heutigen Regime. Sie gehören heute bereits zu den Fremdkörpern im russischen System und werden von ihm eliminiert. Schon die Auflösung der Organisation der alten Bolschewiki im vorigen Jahre, und die Verhannung massgebender Mitglieder desselben, besonders in der letzten Zeit, zeigt eindringlich, wie sehr diese Behauptung der Wahrheit entspricht. Ein Bolschewik, ein klassenbewusster Arbeiter, ein Kommunist, er kann die Massnahmen der Sovjetregierung nicht mehr vor den Massen vertreten, er kann sie nicht zur Durchführung bringen, ohne aufzuhören Kommunist zu sein. Er wird für die Machthaber unbrauchbar und wertlos in dem Masse, als er sich seiner Funktion als Helfershelfer der ausbeutenden Hierarchie bewusst wird. Hierin liegt aufgeschlossen, warum sich notwendig auch andere Menschen in seine Funktionen drängen müssen, Menschen mit anderen Auffassungen, vor allen Dingen aber ohne Zugehörigkeitsgefühl zur Arbeiterklasse.

Die wichtigen Beschlüsse nach 1931 waren Notwendigkeiten die sich aus der Entwicklung ergaben und wurden Ursache für wesentliche Verschiebungen in dem Verhältnis der Klassenkräfte in der USSR. Verschärfung der Ausbeutung ist nicht möglich ohne Vergrößerung des Apparates der sie unmittelbar durchführt. Da die Arbeiterklasse sich nicht selbst ausbeuten kann, muss dieser Apparat aufgebaut sein aus Menschen, die ihr nicht angehören. Beamte, Angestellte, "Komandöre der Industrie", wie Stalin sie nennt, gestützt auf eine breite Schicht von Arbeiteraristokraten fungieren als Handlanger der herrschenden Clique und erfreuen sich darum des Genusses einer Reihe von Vorrechten, die sie weit über das Niveau des Lohnarbeiters erhebt.

Das ist die Zustand, wie er heute in Russland herrscht. Allen Gerede von bevorstehenden Übergang in die klassische Gesellschaft zum Trotz, hat sich in den letzten Jahren, eine neue Klasse gebildet. Die Proletarier stehen zu den Produktionsmitteln in keinem Besitzverhältnis, sie sind Verkäufer ihrer Arbeitskraft, dort wie hier, diese Klasse dagegen, Parteifunktionäre, Leiter von Genossenschaften und Unternehmungen, die ganze Bürokratie des Staates, der Verwaltung der Produktion und Distribution gehören ihr an, sie fungiert als Verwalterin der Produktionsmittel, als Käuferin der Arbeitskraft, als Besitzerin des Arbeitsprodukts, sie beherrscht kollektiv und doch autokratisch, alle Sphären der russischen Wirtschaft. Sie bringt keinen Mehrwert hervor, sondern lebt von der Mehrarbeit der Millionen Lohnsklaven, denen sie alle Rechte entzogen und entnimmt, und sich selbst privilegiert in einer Klasse, dass sie deutlich unterscheidet von der grauen Masse des russischen Proletariats. Ihr Bewusstsein ist darum auch kein Arbeiterbewusstsein, sie ist an der Ausbeutung interessiert und dieses Interesse ist bestimmend für die Formung ihrer Auffassungen. In unerbittlicher Feindschaft steht sie zu allen Kräften in der Gesellschaft, die die tatsächliche Aufhebung der Ausbeutung propagieren. Sie fühlt sich notwendig in ihren Privilegien bedroht durch jene, und lässt kein Mittel ungebraucht um den Feind zu vernichten. Sie richtet ihre ganze Kraft auf den Ausbau der im Laufe der Jahre erhaltenen Privilegien und liquidiert somit alle durch die Oktoberrevolution geschaffenen sachlichen Verhältnisse und legt selbst Hand an die menschlichen Vertreter dieser Überreste der Revolution. Die tausende, bis in die Polarzone verbannten Bolscheviki und revolutionären Arbeiter, Hetakomten Ermordeter, sie kommen alle auf das Konto dieser Klasse von Ausbeutern und Parasiten.

Um die gigantische Masse Mehrwert nötig zum Aufbau und Umbau einer ganzen Wirtschaft aus den Knochen der Masse schinden zu können, war es nötig eine Klasse von Bütteln und Aufsehern und Antreibern zu schaffen. Heute besteht sie und entwickelt ihre eigenen Gesetzmäßigkeiten, und zwar solche, die dem Kommunismus feindlich sind, die auf die Festigung der heutigen Verhältnisse auslaufen und darum jedem Revolutionär als reaktionäre Massnahmen gegenüber treten.

Was sich in Russland in den letzten Jahren abspielte, war nichts weiter als ein Befreiungsprozess, nicht der Volksmassen, sondern der ökonomischen Struktur dieses Landes von ihrem politischen Ballast. War ein sich Durchsetzen der Notwendigkeiten der Ausbeutergesellschaft indem eine Lücke in ihrem Bau sich schloss, nämlich die Abwesenheit einer klar und deutlich als ausbeutende Klasse fungierenden Schicht. Die endgültige Konstituierung derselben, das ist das wesentliche in der Entwicklung Russlands in den letzten Jahren. Wer dieses als solches nicht begreift, wird sich immer unfähig erweisen müssen all die Dinge zu verstehen, die sich in Russland abspielen und in Zukunft abspielen werden.

Die USSR ist endgültig zu einem kapitalistischen Staat geworden. Alle Lebensformen in ihr sind kapitalistisch, alle ihre Handlungen lassen an Eindeutigkeit nichts mehr zu wünschen übrig. Der Weg von Oktober zurück zum Februar ist gegangen, ohne ein Wreng z u r U c k zu sein. In Russland ist geschehen, was für Russland notwendig war. Die Proletarier, zu schwach um als Klasse

im Namen der Gemeinschaft die Produktion zu organisieren, haben das Feld geräumt vor einer Partei, die nur die Vertreterin partieller Interessen handeln konnte, die getan hat, was andere die privaten Kapitalisten vollzogen, nämlich die Produktionsmittel entwickelte und weiter entwickelt bis zur historischen Grenze, die die geschichtliche Rolle der Bourgeoisie übernahm und dabei bürgerlich entarten musste. Die fortwährend sich handele das Rad der Geschichte vorausdröhnte und nun an den Punkt arlangt, den die Bourgeoisie der anderen Länder schon längst erreichte. Die beginnt ein Hindernis zu werden für die Entwicklung Russlands in allgemein menschlicher Richtung. Hier ist kein Raum für moralische Disqualifizierung von Personen die als Hüter in dieser Zeit geführt haben, hier muss begriffen werden, dass jede Person, jede Macht die anstelle der heutigen Personen und Rechte gestanden hätte, dieselbe Entwicklung erfahren hätte.

III. Die Lage der Kräfte im gegenwärtigen Russland.

Die Verhältnisse in der Agrarwirtschaft.

Haben wir bis jetzt das allgemeine Verhältnis zwischen den russischen Proletariert und der kommandierenden Schicht in der Industrie besprochen, so soll im Folgenden dies Verhältnis noch mehr verdeutlicht und beleuchtet werden, mit Einbezug derjenigen in der "klassenlosen" Gesellschaft noch bestehenden Klasse, die in der letzten Zeit diese Bedeutung sogar konstitutionell bescheinigt bekam, nämlich die Bauernklasse.

Die Unterschiedlichkeit in den Lebensverhältnissen zwischen den erstgenannten Schichten konnte im Laufe des ersten Fünfjahrplanes trotz aller Massnahmen noch nicht zur völligen Entfaltung kommen. Die Bürokratie hatte das Proletariat noch nötig für einen innerrussischen Eroberungsfeldzug. Sie musste nämlich um ihre Position in der Industrie konsolidieren zu können, sich einen entscheidenden Einfluss auf den agrarischen Teil der russischen Wirtschaft sichern. Die Anarchie in den bäuerlichen Produktionsverhältnissen begann die ganze Wirtschaftsentwicklung und damit hauptsächlich auch die herrschende Schicht zu gefährden. Die Einführung von anderen, den derzeitigen superioren Produktionsmethoden, war für Russlands Bauernwirtschaft schon längst eine historische Notwendigkeit. Jede Regierung hätte sie einmal durchführen müssen. Erstens, um die Lohnarbeiter des eigenen Landes billiger ernähren zu können; zweitens, um den inneren Markt um ein wichtiges Absatzgebiet zu bereichern.

Die Bürokratie proklamierte die Kollektivisierung der russischen Landwirtschaft und führte sie "im Namen des Kommunismus" durch; Letzteres darum, weil sie sonst keine zusätzlichen Kräfte aus dem Proletariat hätte mobilisieren können. Es ist bekannt, auf welchen verzweifelten Widerstand von seiten der Bauern die Kollektivisierung stiess, einen Widerstand, den die Regierung nicht hätte brechen können mit einem ihr feindlichen Proletariat im Rücken. Um "im Namen des Kommunismus" den Bauernbetrieb aus seinen, noch aus der feudalen Periode stammenden Organisations- und Produktionsformen herauszerrücken zu können, und als homogenen

Teil dem Gesamtbetriebe i h r e s Kapitalismus einzugliedern, musste ebenfalls "im Namen des Kommunismus" dem Proletariat trotz frontal gegenübergestellter Notwendigkeit noch manches Zugeständnis gemacht werden. Wie hart der Kampf auf den, Kollektivisierung geheissenen Frontabschnitt war, wird deutlich wenn man bedenkt, wie er zur Auswanderung zehntausender Bauern führte und zur Verbannung weiterer Hunderttausender. Bewaffnete Arbeiter waren nötig, sie haben, glaubend das Dorf für den Sozialismus zu erobern, der Dorfamt geholfen, sich aus ihren rückständigen Verhältnissen zu befreien, durch Zerschlagung derselben. Sie haben die feudalen Überbleibsel, sowie auch den freikommenden Privatkapitalismus auf dem Lande ausgerottet und freie Bahn geschaffen für die, der Kontrolle der Bürokratie unterstehenden Bauerngenossenschaft.

Der bis dahin bestehende individuelle Betrieb war, besonders insoweit er Kleinbetrieb war, im weitesten Sinne unabhängig von der Industrie, d.h. also auch unabhängig von den Führern derselben. Die Bauern hatten einfach keine Bedürfnisse, die sie fest an die Industrie hätten binden können. Sie mussten in irgend einer Weise, und sei es durch zwangsweise Schaffung solcher Bedürfnisse, aus ihrer isolierten Stellung herausgehoben werden. Andererseits war die notwendige Hebung der Produktivität des Landbaus nicht denkbar ohne Anwendung industrieller Produkte, d.h. Traktoren, Dreschmaschinen, Combines usw.

Ja, schon die Zusammenlegung der Ländereien der einzelnen Bauern zwang zur Anwendung grösserer Produktionsmittel, die nicht, wie der bisher gebräuchliche Pflug, Egge udgl. durch den Bauern selbst verfertigt werden konnten, sondern produkt der Industrie sind. Heute hat dieser Prozess sich schon zum sehr grossen Teile vollzogen, 87% der bebauten Fläche werden in diesem Jahre kollektiv bewirtschaftet, ungefähr 300.000 Traktoren sind bis jetzt im Gebrauch, die Zahl der angewandten komplizierten Maschinen wie Dreschmaschinen, Combines, etc. geht in die Zehntausende. Die ganze Landwirtschaft ist von Grund auf umgebaut und damit auch ihr Verhältnis zu den übrigen Teilen der russischen Wirtschaft.

Die Schuldverpflichtungen der Kollektivbauern gegenüber dem Staat sind ungeheuer. Ihr Isolerment ist zerbrochen, sie sind in ein Abhängigkeitsverhältnis zum Staat gekommen, welches ihnen täglich mehr bewusst wird. Die Produktion allein für den Markt wird zur vorherrschenden, woraus notwendig resultiert, dass das Handeln der Bauern unter den Einfluss kommt von Gesetzmässigkeiten, denen es früher nicht unterworfen war. Die Bauern stehen heute unter dem Einfluss der Preispolitik der Regierung, und kommen für die indirekte Besteuerung in Betracht, die Kreditinstitute des Staates haben die Möglichkeit, Druck auf sie auszuüben. Im letzten Jahre macht eine in dieser Hinsicht interessante Tendenz des Staates sich mehr und mehr bemerkbar, nämlich es wird immer mehr gebräuchlich, besonders grosse Produktionsmittel, nicht mehr an die Kollektivwirtschaften zu verkaufen, sondern sie ihnen nur zu vermieten. Zu diesem Zwecke sind auf dem Lande einige tausend sogenannte "Motor- und Maschinenstationen" (MTS) geschaffen worden. Es gibt wohl kaum jemand, der die ungeheure Bedeutung der letzten Tatsache abstreiten dürfte. Sie ist ein Anzeichen für das Ausmass des Einflusses und der Möglichkeiten der sich die Bürokratie jetzt schon und mehr noch in der Zukunft bedienen kann. (Im Jahre 1933 betragen z.B. die Zahl der

Traktoren in den MTS bereits 100.300, während die in den übrigen Sektoren angewendet nur 61.800 betragen).

Die Kollektivisierung hat als neue Form der Betriebsführung das "Artel" geschaffen. Hierunter muss die, im Gegensatz zur Bauernkommune, die heute in Russland überall an Verschwinden ist, ziemlich loser Zusammenschluss von Besitzern an Produktionsmittel verstanden werden. Eine gewisse Ähnlichkeit mit der hieszulande auch vorzufindenden Bauerngenossenschaft ist unverkennbar, nur dass im Artel nicht nur Dreschmaschine oder Holzknebel gemeinsam benutzt werden, sondern alle Maschinen, Wirtschaftsgebäude, und der grössten Teil des Landes untersteht der gemeinsamen Benutzung.

Sieht man den ersten Blick soch die "Artel" als sozialistisch aus, bei näherem Zusehen entleert man deutlich den kapitalistischen Pferdefuss. Mögen im Sozialismus alle Besitzverhältnisse auf zu bestehen, so ist das "Artel" lediglich eine neue Form der Besitzverhältnisse. Es muss notwendig die Ungleichheit des Besitzes gebären, samt der damit verbundene Ungleichheit der Anschauungen, Zielsetzungen, Interessen der ihm zugehörigen Individuen.

Ausserdem besteht im Artel die Lohnarbeit als Verhältnis welches die Beziehungen seiner Mitglieder zueinander regelt. Es werden Löhne nach der Grösse der geleisteten Arbeit ausbezahlt, wobei auch noch der Unterschied in der Qualität der Leistung in Anrechnung gebracht wird. Obendrein kann das "Artel" Arbeiter beschäftigen, die nur Lohn empfangen, und auf weitere Rechte keinen Anspruch haben, es kann also als Ausbeuter auftreten. Mitglied eines "Artels" kann man nur werden, wenn eine der Mehrheit der Artelmitglieder genügend erscheinende Besitzmasse mitgebracht werden kann. Ist das "Artel" keine sozialistische Form, so ist es doch den bisherigen bäuerlichen Verhältnissen weitaus überlegen; es gestattet durch Anwendung von Maschinen und Rationalisierung der Arbeit eine wesentliche Erhöhung der Produktivität der bäuerlichen Arbeitskraft, und steigert somit den Anteil des Einzelnen am Gewinn. Dies Letztere war geeignet, die neue Form trotz aller anfänglicher Abneigung populär zu machen.

Für den sorgfältigen Beobachter ist hierbei zwar sichtbar, wie alle genannten Massnahmen in der Konsequenz zur Aufhebung des Bauerntums führen müssen, ebenso wie sich ihre Position immer mehr der der Arbeiter angleicht. Die Bauern scheinen jedoch diese Veränderung ihrer Verhältnisse in der angedeuteten Richtung noch nicht zu bemerken, sie sehen nur die Oberfläche des neuen Verhältnisses, eben die steigenden Einnahmen, und begnügen sich damit die neue Form, oder finden sich zumindest mit ihr ab. Und dies Letztere ist ein neues Moment von wesentlicher Bedeutung, welches bei einer Untersuchung der Dinge in Russland nicht ausser Betracht gelassen werden darf.

In dem Moment, wo die Bauernschaft als Massenbasis für die Sowjetregierung in Anmerkung kommt, wird die Bürokratie vom Proletariat unabhängiger. Jetzt ist ihr die Möglichkeit gegeben, diesen beiden Mächten gegeneinander auszuspielen. Und niemand kann sagen, sie habe diese Chance ungenutzt liegen lassen. Im Gegenteil, ihre ganze inländische und ausländische Politik trägt seitdem, d.h. zur Hauptsache seit dem "vollkommenen Siege der Kollektivisierung" der im vorigen Jahre verkündet wurde, deutlich wie nie zuvor den

Charakter einer "Balance of power"-Politik. Mit den Proleten gegen die Bauern und mit den Bauern gegen die Proleten, das ist die grosse Möglichkeit der russischen Bürokratie, welche sie wechselseitig anwendet zur Festigung ihrer eigenen Macht.

Wir haben also heute in Russland "am Eintritt in die klassenlose Gesellschaft" mindestens drei Klassen, die in ihrem Verhältnis zu den Produktionsmitteln sich deutlich von einander unterscheiden. Die Proletarier stehen in keinem Besitzverhältnis zum Produkt ihrer Arbeit und seinen Erzeugungsmitteln. In der Bauernklasse ist vorherrschend, ein am besten als unter Staatskontrolle stehender Gruppenbesitz zu bezeichnendes Verhältnis. Die Bürokratie, gipfelnd in der herrschenden Hierarchie, besitzt und beherrscht anonym und kollektiv die industriellen Produktionsmittel, sie lässt nichts unversucht, um auch die der Agrarwirtschaft unter ihre Botmässigkeit zu bekommen.

Diese Unterschiedlichkeit erzeugt jeden Tag aufs Neue eine Unterschiedlichkeit in der Lebenshaltung und der Ideologie der Angehörigen dieser Kategorien. Das Proletariat, arm und ausgebeutet, ist interessiert an der Aufhebung der Ausbeutung und ihrer dinglichen Voraussetzungen. Die Bauern fordern mit der Verbilligung der Industrieprodukte, die Verschärfung der Ausbeutung der Arbeiter und drängen zur weiteren Anpassung der gesamt-russischen Verhältnisse an die Notwendigkeiten ihrer Produktionsform. Die Bürokratie sitzt beiden auf dem Nacken, drückt bald auf diesen, bald auf jenen mehr, immer bestrebt aus beiden Schichten Profit zu ziehen. Immer bestrebt, herrschende Schicht zu bleiben.

Die Lage der Arbeiter.

Um das geschilderte Verhältnis plastisch aufzuzeigen, ist notwendig, einen allgemeinen Einblick in die Konsumtionsverhältnisse der einzelnen Klassen in Russland zu geben. Die unvorteilhafte Lage der Schöpfer der Existenzbasis der ganzen Gesellschaft wird hierbei so deutlich, dass das Geschwätz der Komintern von russischen Arbeiterstaat sich für jeden klassenbewussten Arbeiter auf seinen wirklichen Wert reduziert.

Heute nämlich, haben sich die 1931 von Stalin genannten sechs Veränderungen bis zur letzten Konsequenz durchgesetzt. Die oben angedeutete Gewinnung der Bauern als Massenbasis machte den bereits 1931 angekündigten Kurs auf Verschärfung der Ausbeutung des Proletariats freie Bahn. Nach dem bereits genannten "endgültigen Sieg der Kollektivisierung" im vorigen Jahre, begann sich ein wahres Trommelfeuer reaktionärer Verordnungen gegen das Proletariat zu richten. Die herrschende Klasse formulierte ihre Rechtsverhältnisse; sie konnte dies, weil ihr nun ihre Besitzverhältnisse als gesichert erschienen. Die Wiedereinführung des freien Marktes gab den Interessen der Bürokratie und der Bauern realen Ausdruck.

Die Proletarier wurden zum Opfer der erbarmungslosen Schärfe dieser Verordnung. Mit dem sich ganz Durchsetzen der Warenwirtschaft wurde auch der Warencharakter der Arbeitskraft deutlich. Die gigantischen Lohnunterschiede, die sich in den letzten Jahren herausgebildet hatten, die Unterschiede im Verhältnis 1:30 nicht als Seltenheit enthalten, kamen in dem Moment brutal zur Wirkung, als die sogenannte verschiedene Kaufkraft des Rubels verschwand,

als im Herbst 1935 alle Warenwerte für jeden auf dieselbe Rechen-einheit gebracht wurden. Hatten bisher sogenannte Mindestlöhne das Existenzminimum besonders der schlechter Entlohnten garantiert, jetzt wurde der Lohn zur einzigen Massstab des Rechtes des Einzelnen auf die Konsumtion. Angebot und Nachfrage begannen ihre Wirkung jetzt uneingeschränkt auf die Preise auszuüben und trieben sie katastrophal in die Höhe. Bezeichnend für die schmierige Verlogenheit der Bürokratie ist, wie sie diese Preiserhöhung in einem Fort als Preissenkung deklarierte, während die Proleten die Kaufkraft ihrer Verdienste zusammenschmelzen sahen. Allerdings, für die gutbezahlten Schichten, und die Bürokratie gehört ihnen an, die schon vorher einen grossen Teil vom "freien Markt" holen mussten, weil bessere Lebensmittel in den Kooperativen doch nicht zu haben waren, ist eine Preissenkung erfolgt und zwar eine eben so enorme, wie die Preissteigerung in den Arbeiterkooperativen.

Die Einführung kapitalistischer Marktverhältnisse gibt die Möglichkeit das Lebensniveau der einzelnen Klassen in der USSR an ihrem Lohn festzustellen. Die Gesamtsumme aller in diesem Jahre auszuzahlenden Löhne und Gehälter beträgt lt. Plan 65,4 Milliarden Rubel, während die Gesamtzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger vom Moskauer statistischen Büro auf 24.100.000 festgestellt wurde, woraus dann ein Durchschnittseinkommen der russischen Lohnempfänger von 220 Rubeln im Monat zu berechnen ist. Am 1. Februar 1936 wurde der Kurs des Rubels auf 5 franz. Franken festgesetzt, was heute ungefähr, (da der Rubel nicht devaluiert ist) fr. 4.25 entspricht. Bei solcher Rechnung würden 220 Rubel ca. 935 Franken ausmachen. Das wäre noch nicht einmal so schlecht, wenn die Sache nicht einen Haken hätte. Von diesem Haken erzählt uns Frau Dr. Frenny de Graaff in "Rusland van Heden" (das Propagandaorgan der Freunde der USSR) das Folgende: (R.v.H. 1-11-'36)

"Denn wie ist die Wirklichkeit? Im Durchschnitt verdient ein Arbeiter in der Sowjet-Union schon ungefähr 200 Rubel im Monat. Tatsächlich sind Lebensmittel und Kleider im Verhältnis zum Lohn ungefähr 3 bis 4 mal so teuer als bei uns."

Dies ist deutlich, es heisst nichts anderes, als dass der russische Durchschnittsprolet der ja den Durchschnittslohn nicht mal erreicht, noch weniger an Waren kaufen kann als ein französischer Arbeiter der den Skandallohn von 300 Frank im Monat verdienen würde. Die Sache würde uns zweifelhaft erscheinen, wenn irgend ein "Konterrevolutionär" sie publiziert hätte. Der bolschevistischen Frau Doktor dagegen glauben wir aufs Wort, zumindest insofern wir annehmen, dass sie uns Verhältnisse in ihrem "Vaterlande" nicht schwärzer schildert als sie in Wirklichkeit sind. Damit jeder Irrtum ausgeschlossen sei, zitieren wir nochmals obige Russlandfreundin, im selben Artikel heisst es:

"Aber auch der gewöhnliche Preis der Schuhe, von 50 bis 70 Rubeln, ist im Verhältnis zu den Löhnen für unsere Begriffe schon teuer genug."

Rechnen wir aus, 60 Rubel sind ca. 255 Franken; wir sehen, die Rechnung stimmt auffallend, d.h., wenn man die Qualität russischer Produkte, die sehr gering ist, ausser Betracht lässt. Es steht fest, Schuhe sind tatsächlich mehr als 3 mal so teuer als in West-Europa. Mit den anderen Produkten steht es ebenso. Die Frau

Doktor sei bedankt für ihre Ehrlichkeit, eine sehr seltene Erscheinung bei den Stalinisten. Nur weinen wir, man müsse anstatt "nach unseren Begriffen schon teuer genug" schreiben: "nach unseren Begriffen schändlicher Wucher."

Wenn letztere Qualifikation übertrieben erscheint, der möge die folgenden Preise für die Produkte des täglichen Bedarfs gut studieren. Der Preis für Schwarzbrot ist im Moment im Durchschnitt 0.75 Rubel per Kg., für besseres Weissbrot wird R. 1.30 - R. 1.50 bezahlt, Milch kostet per Liter 1.50 Rubel, Rindfleisch steht auf ungefähr 9 Rubel das Kg., Butter ist unbezahlbar, ihr Preis bewegt sich, je nach Qualität, von 18 bis 28 Rubel das Kilo. Ein gewöhnliches Huhn ist unter 20 Rubeln nicht zu haben.

Die grosse Masse der russischen Bevölkerung lebt somit heute, 19 Jahre nach der Revolution, nur wenig besser als zur Zeit des Zaren. Qualitativ bessere Lebensmittel sind auch heute dem Gros der Russen noch unerreichbar, ebenso wie in absehbarer Zeit mit einer wesentlichen Besserung dieser Lage nicht gerechnet werden kann. Die Produktionsziffern des 2. Fünfjahrplanes reden ein deutliches Wort.

Die Gesamtproduktion an Schuhen wird selbst in 1937 nicht mehr als 180 Millionen Paar betragen, das heisst, dass auch dann noch, erst nach 11 Monaten für jeden einzelnen Russen ein Paar Schuhe zur Verfügung steht. Der Gesamtverbrauch an Butter wird 1937 lt. Plan 180.000 Tonnen betragen. Wenn man die Hälfte der Bevölkerung zu den Selbstversorgern rechnet, so entfällt auf die andere Hälfte ungefähr 2 1/2 Kg. per Kopf im Jahr, eine so winzige Menge, dass hier nichts zu kommentiert werden braucht.

Eins darf allerdings nicht vergessen werden, diese Quanten stehen vorerst noch auf dem Papier; der heutige Verbrauch an diesen Dingen ist ungefähr auf die Hälfte der angegebenen Mengen anzusetzen. Der Fleischverbrauch in ganz Russland beträgt heute ungefähr vier bis fünf Kilo per Kopf im Jahr. Die ganze Erbärmlichkeit der Lage des russischen Proletariats wird ein wenig deutlich, wenn wir auf nachfolgendes Budget einer bessergestellten Familie unsere Andacht festigen. Wir entnehmen einer Esperanto-Korrespondenz aus "Rusland van Heden" das Folgende:

Nach der am ersten Oktober 1935 erfolgten Freissenkung betragen die Ausgaben einer fünfköpfigen Familie für:

Brot	189 Rubel	Fleisch	90 Rubel	Fische und Milch	39.60
Zucker	42 Rubel	Makkaroni	27.80 Rubel	Tee, Obst und Gebäck	
Ol	8 Rubel	Butter	36.00 Rubel		32.00 Rubel.

Diese Familie - der Vater ist Spezialist, der Sohn Techniker - hat ein Einkommen von 834 Rubel im Monat. Eine fünfköpfige Familie, deren Einkommen den Durchschnitt nicht überschreitet, würde fast ausschliesslich von Schwarzbrot leben müssen, die einzige Nahrung, die im Verhältnis zu den russischen Löhnen nicht ausserordentlich teuer ist. Dabei soll man nicht vergessen, dass auch die Familien mit Einkommen wie die zuerst genannte, noch nicht sehr gut leben. Ihr Hauptnahrungsmittel ist Brot, (wie das in Russland allgemein der Fall ist), sie verbraucht davon mehr als 120 Kg. im Monat, während Kartoffeln und Gemüse nur einen untergeordneten Platz einnehmen.

Die Lage der russischen Lohnarbeiter ist, wie wir die in wenigen Ziffern entnehmen können, noch sehr schlecht. Das gegebene Bild verblüht sich noch erheblich, wenn man die katastrophalen Wohnungsverhältnisse der russischen Grossstädte hierbei in Betracht zieht. Nach offiziellen russischen Statistiken beträgt die durchschnittliche Wohnfläche, die in Moskau einer Person zur Verfügung steht, im Moment ca. 3 qm. Unwillkürlich wird man hierbei an die Zustände zur Zeit des Frühkapitalismus erinnert. Selbst die Elendsquartiere der europäischen Grossstädte bieten noch bessere Wohnmöglichkeiten als Russlands Grossstädte. Bezeichnend ist, dass dieser Zustand permanenten Charakter hat, da der Bau von neuen Wohnungen konstant hinter dem Zuwachs der Bevölkerung der Städte zurückbleibt.

Es würde unverständlich sein, wenn bei den Verhältnissen, wie sie hier kurz skizziert sind, der Proletariat seine Rolle als ausgebeutete Klasse nicht zum Bewusstsein käme. Besonders, wo die Lebensverhältnisse der "Kommande der Industrie" samt Anhang, von den seinigten unerhört krass abstecken. Hier ist leider nicht Raum genug um in Details auf den Stoff einzugehen. Wir müssen uns begnügen, darauf hinzuweisen, dass von den Angehörigen dieser Schicht Gehälter bezogen werden, die mit 1000 Rubel im Monat beginnen und ansteigen zu dem Vielfachen hiervon. Es hat einst ein sogenanntes Parteimaximum, eine Bestimmung, dass Parteimitglieder nicht mehr als 7200 Rubel im Jahr beziehen dürfen, gegeben. Heute ist "dem Tüchtigen freie Bahn geschaffen"; und "tüchtig" ist der, wer den Anordnungen der Bürokratie Nachdruck verschafft, wer nach unten tritt, und nach oben die Stiefel leckt. Die ekelerregende Kriecherei vor dem "geliebten Stalin" vermag nur ein schwaches Bild zu geben von dem Grad, den dies Getue bereits erreicht hat.

Den Bauern geht es in der USSR auch nicht gerade rosig. Sie unterscheiden sich in ihren Lebensverhältnissen noch nicht wesentlich von den Arbeitern, es sei denn, dass ihnen, als Produzenten, zumindest die primitivsten Lebensmittel gesichert sind. Die Ziffern, die zur besseren Übersicht der Lage der Bauern zur Verfügung stehen, sind nicht geeignet ein deutliches Bild zu geben. Sie demonstrieren nur, wie dieselbe in verschiedenen Kollektiven im weitesten Sinne verschieden sein kann. Die Ertragsfähigkeit des Bodens, klimatische und andere Verhältnisse, die Art des Produkts welches zur Hauptsache angebaut wird, dies alles und mehr, rufen Unterschiede hervor, so dass reiche und arme Kollektivwirtschaften bestehen, solche, die bei der Staatsbank Konten mit Millionenbeträgen haben, und andere, deren Mitglieder gleich dem früheren Muschik in Lumpen und auf Bastschuhen herumlaufen, während ihnen Brot als beinahe ausschliessliche Nahrung dient.

Die Stachanov-Bewegung.

Eine Erhöhung des Massenkonsums ist für Russland dringend nötig. Die herrschende Schicht empfindet dies ebenfalls; da es jedoch nicht zu den Gepflogenheiten herrschender Schichten gehört, die so teuren Vorrechte mit den Hungerleidern von unten zu teilen, muss anstatt dieses Weges ein anderer gegangen werden. Unter kapitalistischen Wirtschaftsverhältnissen ist eine Erhöhung des Lebensstandards nur möglich, wenn für die Kapitalbesitzer der Löwenanteil

dabei heraus kommt. Jede Vergrößerung des Konsums der Massen mußte bisher durch eine noch größere Erhöhung des Ausbeutungsgrades erkaufte werden.

Während einer ziemlich langen Periode seiner Entwicklung war es dem Kapitalismus möglich, die Lage der Arbeiter zu verbessern, und dies, weil die Arbeiter in noch größerer Masse die Lage des Kapitalismus verbesserten. Die Produktivität der menschlichen Arbeitskraft erhöhte sich nämlich ungeheuer, der Arbeitsprozess wurde intensiver, dabei war es dann möglich, dem Proleten die Ration zu erhöhen. Dass dies weniger intensiv und weniger ungeheuer geschah, versteht sich am Rande. Marx nennt diese Periode die der relativen Verelendung. In Russland spielt sich heute genau derselbe Prozess ab, nur mit dem Unterschied, dass man hier nicht von relativer Verelendung spricht, sondern dafür das schöne Wort "Sozialismus" misbraucht. Um dies zu beweisen, ist es angebracht, sich einmal näher mit der sogenannten "Stachanov-Bewegung" zu befassen.

A. Stachanov ist ein Hauer eines Schachtes im Donbass, er hat seine Arbeitsleistung durch Anwendung neuer Methoden in kurzer Zeit um das 10-fache erhöht. Anstatt 16 Tonnen Kohle in einer Schicht, begann er 118, 175, später sogar über 200 Tonnen in derselben Zeit loszuschlagen. Er verdiente dann anstatt 500 R. 1500 - 2000 Rubel im Monat. Dieses Beispiel hat sehr schnell in allen Zweigen der russischen Industrie Nachahmung gefunden; sogar in der Landwirtschaft gibt es heute eine Menge "Stachanovetzi". Die Weberin Winogradova z.B., arbeitet statt an 16 - 20 Webstühlen, heute an 208. Sie erhält für diese, ungefähr achtfache Leistung, den doppelten Lohn. E. Kriwonos, der Maschinist auf einer Güterzuglokomotive ist, begann mit seinem Güterzug schneller zu fahren als andere mit ihren Personenzügen, da er fuhr anstatt wie bisher 23 KM in der Stunde, nun 47 KM in derselben Zeit. Sein Lohn stieg um das Doppelte.

Man kann die Beispiele noch beliebig vermehren; in der von den Stalinisten in Holland ausgegebenen Broschüre "Nieuwe Tijden - Nieuwe Mensen" findet man noch eine Reihe anderer der verschiedensten Fälle aus allen möglichen Wirtschaftszweigen. Trotz aller Verschiedenheit kann sofort eines an ihnen festgestellt werden, dass allen Fällen gemeinsam ist; bei allen beträgt die Erhöhung des Lohnes nur einen Bruchteil von der Steigerung der Leistungen. Es ist wahr, der Stachanov-Arbeiter verdient mehr als vor dem - doch scheint uns, als ob andere an seinen Leistungen noch mehr verdienen als er selbst.

Ist dies Letztere heute noch nicht völlig sichtbar, in dem Moment wo der Zweck der "Stachanov-Kampagne, die Durchführung bisher ungekannter Intensivierung und Rationalisierung der Arbeitsprozesse, erreicht ist, wird es über jeden Zweifel erhaben sein. Die Arbeiter werden als Gesamtheit nur einen Bruchteil ihrer Mehrleistungen ausgezahlt bekommen, während der Rest in fremde Taschen fließen wird. Die Summe der Produkte, die für den Verbrauch der Proleten zur Verfügung stehen, wird absolut wachsen, in Relation zu ihrem Gesamtprodukt aber wird sie sinken.

Das ist, was Marx die relative Verelendung der Arbeiterklasse nennt, was ihm als ein typisches Merkmal des Kapitalismus erscheint, und uns dienen möge als weiterer Beweis für das Vorhandensein kapitalistischer Verhältnisse in der USSR.

Noch findet die genannte Bewegung bei den russischen Arbeitern keine allgemeine Aufnahme. Die besten Elemente in der Klasse widersetzen sich dem Druck der von den Preisgebern der Rationalisierung, den meist politisch ungeschulten und wenig klassenbewussten "Stachanovetzi", ausgeübt wird. Die, die neuen Methoden auf dem Fusse folgende Herabsetzung der Arbeitsätze, wird stärker sein als aller Widerstand. Es ist bekannt, wie "Stachanovetzi" vielfach von ihren Arbeitskollegen wie Streikbrecher behandelt, verprügelt, selbst totgeschlagen wurden; alles wird nicht helfen, die Bewegung wird sich durchsetzen, weil sie einem gesellschaftlichen Bedürfnis entspricht. Einem Teil der Arbeiterklasse wird durch sie eine Chance gegeben, nämlich, sich auf ein Lebensniveau zu stellen, welches die Klasse als Gesamtheit nie erreichen kann. Diese Chance wird ausgenutzt werden, in Russland ebenso wie in anderen Ländern. Eine Schicht von Bürokratenkräften wird sich bilden, wo sich anderswo eine solche von Unternehmern geformt hat.

Die Macht der Arbeiterklasse erfährt hierbei eine erhebliche Schwächung. Gebar nämlich das gemeinsame Elend den gemeinsamen Willen zur Abwehr desselben, die Chance, die dem Einzelnen gegeben wird um dem Elend zu entkommen, wird diese Einzelnen zu Vertretern von solchen Interessen machen, die aussenhalb derjenigen des klassenbewussten Proletariats liegen.

Eine Untersuchung der Ideologie der Stachanov-Arbeiter befestigt diese These. Er entwickelt, wie uns die Wirklichkeit zeigt, eine Ideologie, die man nur als kleinbürgerlich bezeichnen kann. Das "traute Heim" ist ihm ein Idealzustand, er fühlt sich in gehobener Stellung gegenüber den Nicht-Stachanovetzi, spricht von ihnen als von "Menschen die Prügel bekommen müssen", oder "aus dem Betrieb herausgeworfen werden müssen". (Nieuwe Tijden - Nieuwe Mensen - Seite 89.) Er ist regierungstreu und konservativ, schmachtet den Vorgesetzten und verachtet den Untergebenen. Bei den Einlagen bei den Sparkassen in Russland nehmen die Stachanovetzi einen wesentlichen Platz ein, bei der Zeichnung der Staatsanleihen spielen sie ebenfalls eine wichtige Rolle. Das Interesse am durch Zinszahlung erhaltenen arbeitlosen Einkommen wächst sehr erheblich. Wer dieser Menschen ihr Ideal zerstören will, der erscheint ihnen als Todfeind, sie lassen den wirklichen Kommunisten, und applaudieren, wenn Stalin ihn einen "linken Schwätzer" nennt. Sie wären es auch, die einstimmig die Erschiessung der Sechszehn gefordert haben, so wie sie alles fordern werden, was ihr Brotherr, der Bürokrat, wünschen wird.

Die russischen Machthaber schlagen mehrere Fliegen mit einer Klappe. Sie erhöhen die Produktion und damit ihren eigenen Anteil an derselben mit Hilfe besonders entlohnter "Stachanov"-Antreiber, sie verteilen das Proletariat in verschiedene Interessengruppen und schwächen somit seine Kampfkraft, welches zu einer Festigung der Position ersterer wesentlich beiträgt. Die Bürokratie stützt sich, wie schon gesagt, nicht mehr in der Hauptsache auf das Proletariat. Sie kann dies nicht mehr, weil die beiden Klassen gemeinsamen Interessen zusammengekrumpft sind.

Die heute auf das siebenfache ihrer früheren Anzahl gewachsene Klasse der Lohnarbeiter mit ihre Forderungen an und beginnt sie selbst zu vertreten; erkennt sie doch mehr und mehr, dass ihr diese Funktion nicht von anderen abgenommen werden kann.

Die neue Verfassung.

Die Bürokratschicht Russlands, einstmals durch die Arbeiterklasse an die Macht gebracht, muss heute ihre Machtpositionen ihren früheren Helfern gegenüber verteidigen. Sie suchte und fand in diesem Kampfe ihre Bundesgenossen. Die Bauern, besonders die bessergestellten, und die Arbeiteraristokratie, heute stärker denn je im Aufkommen, diese beiden Schichten haben gleich den Bürokraten Privilegien zu verteidigen. Das ist die Plattform ihres gemeinsamen Handelns.

Von diesem Gesichtspunkt aus wird die russische Entwicklung in weitem Masse verständlich. Das Klassenbewusstsein der Arbeiterschaft ist die grösste Gefahr für alle Privilegiensitzer. Kein Wunder, wenn sie alle Faktoren bekämpfen die seiner Entwicklung dienlich sind. Sie begannen mit der Verfälschung des Marxismus, versuchten "marxistisch" die Notwendigkeit ihrer Privilegien und deren Voraussetzungen: Lohnarbeit, Kapitalwirtschaft, Parteidiktatur, etc. zu beweisen. Sie musste dann jedem Vertreter des wirklichen Marxismus, der ihre politische Falschmünzerei vor den Massen entlarvte, den Mund stopfen. Brotraub, Verbannung, Mord, das ist die Stufenleiter der Mittel deren sie sich hierbei bediente.

Als alles nichts half, als der Arbeiterklasse trotzdem ihre gesellschaftliche Position immer deutlicher wurde, erwuchs die Notwendigkeit zusammen mit anderen Klassen zur Unterdrückung des ganzen Proletariats überzugehen.

Die noch den Revolutionstagen entstammenden politischen Vorrechte der Arbeiter sind jetzt radikal beseitigt worden. Der Begriff: "Parteigenosse, Klassengenosse" machte dem Begriff: "Volksgenosse" Platz. Heute, bei der Einführung der neuen Verfassung der USSR befinden wir uns in einem entscheidenden Stadium dieses Prozesses. Den nichtproletarischen Schichten des Landes wird jetzt im Verhältnis zu früher und im Verhältnis zu den Arbeitern, ein dreimal so grosses politisches Gewicht verliehen.

Eine Bauernstimme, früher ein Drittel einer Arbeiterstimme ausmachend, wird bei den zukünftigen Wahlen denselben Wert erhalten. Damit verliert das in Russland bestehende System den letzten Rest des schützigen Mantels der unter dem Namen "Arbeiterregierung", oder gar "Diktatur des Proletariats" die wirklichen Herrschaftsverhältnisse verdeckte. Die Stimmzetteldemokratie als typische Herrschaftsform einer privilegierten Schicht in ihrer Wachstumsperiode, hält Einkehr in Russland.

Das bedeutet nicht, dass sich alle aus der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft bekannten Formen von "Demokratie" auch in Russland zeigen werden. Im Gegenteil, sie erscheint hier sofort in der als "Gummiknütteldemokratie" bekannten Variation derselben. Sie ähnelt ganz bedenklich der heute in Deutschland zur Anwendung kommenden. Dort wie hier sorgt eine "gleichgeschaltete" Presse für die nötige Stimmung bei den Volksgenossen. Auch in Russland kann nur eine Partei gewählt werden, nämlich die der Bürokraten.

Nichts kann besser die ganze Entwicklung in den 19 Jahren seit den heroischen Oktobertagen verdeutlichen, als diese neue Verfassung. Alles Beschlussrecht liegt bei den höchsten Organen des Staates; die "Sovjets" in den Dörfern und Städten sind nichts

anderes mehr als die ausführende Organe, jede Selbstverwaltung ist ihnen entzogen. Sie haben die Funktion des Steuereintreibers und Aufsichtsorgans und nichts mehr als das. Je 300.000 Wähler werden in Zukunft einen von der Partei angewiesenen "Abgeordneten" in den "Sovjet der Union" und einen ebensolchen in den "Hohen Sovjet der Nationalitäten" abfertigen. Die Abgeordneten des Ersteren formen dann zusammen mit Delegierten aus allen "Nationalitäten-Sovjets", den also aus zwei Kammern bestehenden "Hohen Sovjet der USSR". Dieser wählt seinerseits ein Präsidium welchem er alle Macht überträgt, auch das Recht der Auflösung des "Hohen Sovjets". Das Präsidium erfüllt zusammen mit den durch den Union-Sovjet gewählten "Volkskommissaren" die Funktion einer Regierung. Die Mechanik des Wahlsystems garantiert dieser Regierung ihre faktische Unabsetzbarkeit, denn letztendlich ist sie es, die die "Kandidaten" zu neuen Wahlen, von denen sie dann wieder gewählt wird, mittels des ihr zur Verfügung stehenden Parteiapparates anweist. Der heutigen Dekretiererei der Hierarchie wäre damit dann ein demokratisches Mäntelchen umgehängt.

Herr Bauer von der zweiten Internationale ist sehr entzückt von dieser "Sovjetdemokratie", er bedauert nur, dass die Vertreter seiner Partei einstweilen noch nicht im "Hohen Sovjet" ihre Redekunst demonstrieren können. Arbeiter und Kommunisten dagegen, werden die ganze Schändlichkeit dieses Betriebes, der sich von Hitlerachen "Parlamentarismus" in nichts unterscheidet, an den Pranger stellen müssen. Für sie wird Stalins Scheindemokratie nur als eine Verhöhnung des Proletariats empfunden werden.

Ausgebeutet, politisch machtlos gehalten, und obendrein noch verhöhnt - dies ist das Los der Arbeiterklasse, überall in der Welt und auch in Russland.

IV. Staatskapitalismus und Kommunismus.

Die Kommunisten haben die Pflicht, dem Proletariat zu sagen, dass es nun und in der kommenden Zeit von diesem Lande nichts als nur noch Enttäuschungen zu erwarten hat. Der russische Staat und alle seine Handlungen sind kapitalistischen Charakters, sie stehen in unversöhnlichem Gegensatz zum Kommunismus. In der Zukunft wird dieser Gegensatz immer deutlicher ans Licht kommen. Für klassenbewusste Arbeiter und Kommunisten wird nur noch Raum sein im Gefängnis, im "Isolator" oder unter der Erde.

Der Stalinismus wird in Zukunft sein wahres Gesicht noch erst zeigen. Er ist eine Entartungserscheinung des Sozialismus, als solche muss er gebrandmarkt werden, damit unsere Klasse sich von ihm befreie. Die Arbeiterklasse muss sich von den durch Komintern und II. Internationale verbreiteten Ideen loslösen und erkennen welche ungeheure Gefahr diese in sich bergen. Sie muss unterscheiden lernen zwischen sozialistischer Zielstellung und solcher, die vorgibt es zu sein, ebenso wie sie unterscheiden muss zwischen der sozialistischen Gesellschaft und einer solchen die sich der sozialistischen Phrase bedient um ihren Ausbeutungscharakter zu verdecken.

In einer Gesellschaftsordnung die mit Recht den Namen Sozialismus tragen will, müssen alle prinzipiellen Merkmale desselben anwesend sein. Alle Besitzverhältnisse müssen in der Revolution ihre Aufhebung gefunden haben.

In Kommunismus wird durch die Abschaffung des allgemeinen Äquivalents für die Arbeit - das Geld - die Form in der sich die Wert- und Warenwirtschaft vollzieht, zerbrosen. Die Lohnarbeit ist im Sozialismus undenkbar, sie ist der Ausdruck des Warencharakters der Arbeitskraft, und ist nur der Ausdrucksweise der Gesellschaft eigen. In ihm ist weder Tausch, noch Kauf und Verkauf denkbar, weil diese Manipulationen nur als Ausdruck von Besitzverhältnissen fungieren können. Jede moderne Gesellschaftsordnung, in der diese Funktionen auftreten, ist kapitalistisch. Das ihr immanente Prinzip ist nicht die "Versorgung der Mitglieder mit Bedürfnisgütern", sondern die Rentabilität, die Kapitalwertur. Mögen einige Aushmarnisten nur der Meinung sein, man könne den Sozialismus in Russland oder anderswo "aufbauen", und kann solche Auffassung nur als naiv erscheinen. Wer von Privilegierten erwartet, dass sie ihren Vorrechten freiwillig entsagen, wer von einer Besitzenden Klasse die Aufhebung aller Besitzverhältnisse erhofft, scheint uns mehr auf dem Gebiete der Religion zuhause zu sein als auf dem der Politik. Der Sozialismus kann nicht "aufgebaut" werden, er ist entweder das unmittelbare Produkt der proletarischen Revolution, oder er ist nicht. Die Revolution von 1917 hat in Russland nur als bürgerliche ihre Vollendung gefunden, während sie als proletarische in ihren Anfängen stecken bleibt. Sie hat nicht die Grundlage jeder, sondern nur einer Herrschaft, der zaristischen, vernichtet. Sie hat nicht jedes Besitzverhältnis auf, sondern nur eines, das privatkapitalistische. Anstatt Zar und Kamarilla hat sie nicht die proletarische Diktatur als Repräsentanten allgemein gesellschaftlicher Interessen ins Leben geholfen, sondern die von Repräsentanten besonderer Interessen. Nur wenn das Proletariat selbst an die Macht kommt, und eine brauchbare Form der Ausübung derselben zu finden vermag, ist die Voraussetzung für das Überflüssig werden der Beherrschung und damit auch der politischen Mittel zur Ausübung derselben, gegeben. Nur wenn die "Assoziation freier und gleicher Produzenten" an Stelle der Ausbeutungsgesellschaft tritt, ist das weitere Wachstum der Gesellschaft in der Richtung einer in Bezug auf Produktivität und Organisation höheren Form menschlichen Zusammenlebens gegeben.

In Russland ist von alledem nichts zu entdecken, während alle Merkmale des Kapitalismus deutlich sichtbar sind. Im "Oktober" sind die Wurzeln des Kapitalismus nicht ausgerissen, ihnen ist heute eine neue, bisher nicht gekannte Form desselben entsprossen. Wir wollen sie Staatskapitalismus nennen, dieses Wort umfasst den Inhalt des russischen Systems am deutlichsten. Die Rolle des Kapitalisten wird durch einen sich in Händen der herrschenden Schicht befindlichen Gewaltapparat ausgeübt. Wenn der Sozialismus als Ziel der Menschheitsentwicklung erscheint, steht vor der Konsequenz dieses Apparats unerlöschlicher Kampf anzusagen. Das russische Proletariat hat die Aufgabe in der kommenden proletarischen Revolution in Russland dieses System zusammenzuschlagen, die Propagandisten des Sozialismus in den anderen Ländern haben aus der russischen Entwicklung zu lernen welche Gefahren für die ganze Klasse in der Möglichkeit der Entwicklung ausserrussischer Staatskapitalismen liegen. Dem Begriff des Sozialismus muss der Inhalt zurückgegeben werden, den Marx und Engels ihm beimessen. Dies aber setzt einen mitleidlosen Kampf gegen jene Auffassungen, die von interessierten "Arbeiterführern" verbreitet sind, voraus.

Dieser Kampf wird in den kommenden riesenhaften Klassen-schlachten seinen Gipfelpunkt finden. Und nur insoweit er den "Staatssozialisten" die entscheidende Niederlage verschafft, wird der Weg für eine neue Periode der Menschheitsentwicklung gebahnt. Der Staatssozialismus ist die letzte Bastion des kapitalistischen Prinzips; sie niederzureißen muss schon heute beginnen. Die objektiven Verhältnisse in der direkt revolutionären Situation werden dabei Hilfe leisten.

Auch in Russland, Paradies des Staatssozialismus, treffen die Verhältnisse heran zur Sturz der heutigen Form. Als kapitalistisches Land kann auch dieses dem ehernen Zwang seiner durch ihn selbst gezeugten Gesetzmäßigkeiten nicht entkommen. Die Ausbeutungsgesellschaft produziert jeden Tag aufs neue die Voraussetzungen für ihren Sturz.

Solange allerdings in Russland das Stadium der relativen Verelendung noch nicht beendet ist, haben die Herrschenden die Möglichkeit, jede, und sei es die geringste Steigerung des Lebensniveaus der Massen, als eine "Segnung des Sozialismus" zu deklarieren. Der Punkt jedoch, den der Kapitalismus des Westens schon seit Jahren überschritt, an dem die relative in die absolute Verelendung umschlägt, wird auch für Russland nicht zu umgehen sein. Jenseits dieses Punktes werden die objektiven Voraussetzungen für den Umsturz auch für Russland wieder anwesend sein. Die Phrase vom Sozialismus wird kein Gehör mehr finden, der Schrei nach sozialistischer Wirklichkeit wird das Bonzengeschwätz überbönen.

Mögen die Herren manchen entlichen Kämpfer aus dem Wege räumen, mögen sie Revolutionäre und Menschen die ihren Privilegien gefährlich scheinen ausrotten, die Revolution selbst ist unausrottbar.

Auch für Russland kommt der Tag, wo der klassische Ruf des heroischen Oktobers: "Alle Macht den Räten!" mächtiger als je in der Geschichte, ertönen wird.

DAS GELOBTE LAND

Bericht aus Palästina
(November 1933)

Die Berichte, die sich mit der (hauptsächlich durch die jüdische Einwanderung geschaffenen) neuen Lage Palästinas beschäftigen, sprechen im Allgemeinen vom Aufbau des Landes durch jüdisches Kapital und jüdische Arbeit, von der daraus hervorgehenden Prosperität, der mehr oder weniger gleichmäßigen Anteilnahme des gesamten jüdischen Volkes an dieser Prosperität und den guten Aussichten für eine immer weiter fortschreitende glückliche Entwicklung. Diese Berichte erregen Aufsehen und Hoffnungen umso mehr, als seit einiger Zeit in den meisten übrigen Ländern die Arbeiterklasse und die bürgerlichen Mittelklassen durch die dauernde Krise immer mehr verelenden. Überall werden Produkte und Produktionsmittel zerstört, oder zu Zerstörungsmittel umgebaut. Überall herrscht

Arbeitslosigkeit und die Massen sehen in dumpfer Erwartung einen neuen Weltkrieg entgegen. Lediglich Palästina, das im Aufbau begriffene Land, soll hiervon eine Ausnahme machen.

In Palästina werden die Gelder jüdischer und britischer Kapitalisten verwertet. Nach Palästina drängen die verelendeten jüdischen Handwerker und Arbeiter aus Osteuropa und USA, die arabischen Nomaden und Bauern, die orientalischen Juden. Durch den mit der Krise und fortschreitenden Monopolisierung wachsenden Faschismus und die damit z.B. in Deutschland durch den Antisemitismus hervorgerufenen Verelendung des jüdischen Mittelstandes entstand seine Wanderung nach Palästina. In diesen Verhältnissen erscheint die Bildung eines Nationalgefühls bei den Juden und eine Verstärkung desselben bei den Arabern, bei denen schon 1917 eine grosse nationale Bewegung bestanden hatte.

Der Zionismus oder Palästinismus, die nationale Bewegung der jüdischen Massen, ist in verschiedene der Klassenschichtung entsprechende Parteien geteilt. Es gibt zwei demokratisch-liberale Parteien, die durch die Spaltung der Partei der "Allgemeinen Zionisten" entstanden. Die kleinere der beiden neuen Parteien steht den Faschisten näher, die grössere mehr der Arbeiterpartei. Es gibt eine grosse faschistische Partei, die "Revisionisten" mit einigen kleinen Splittergruppen im Gefolge. Ausserdem eine grosse klerikale Partei der "Misrachi". Die Arbeiterpartei (MAPAI) und die "Allgemeine Gewerkschaft der jüdischen Arbeiter im Lande Israels" (Histadrut) sind reformistisch-nationalistisch. Dazu kommt noch eine reformistische Organisation, die aus den Mitgliedern der agrarischen Arbeiterkommunen besteht, "Haschomer Hazair", verschiedene Jugendorganisationen und eine Frauenorganisation "Wizo".

Alle diese Gruppen propagieren die Einwanderung der Juden aller Länder nach Palästina. Lediglich die in Palästina illegale Gruppe der Komintern (PKP) kämpft gegen die Einwanderung.

Die Bevölkerung von Palästina betrug nach dem Government Census vom 23. Okt. 1922:

ländliche	389.534
städtische	264.317
Nomaden	103.331
	<u>757.182</u>

Im Jahre 1934: (Schätzung)

Araber	870.000
Juden	310.000

Die Produktionsmethoden in Palästina sind zum Teil noch biblisch. Bei den arabischen Nomadenstämmen (Beduinen) herrscht die abgeschlossene Familienwirtschaft (Klan) vor. Diese Form löst sich durch Viehverkauf, Verkauf des Besitzes an Ländereien in Lohnarbeit auf. Ein grosser Teil der arabischen Landwirtschaft ist noch mittelalterlich feudal. Die Grossgrundbesitzer (Effendis) verpachten den Boden an arabische Bauern (Fellachen), die diesen Boden schon seit Generationen bearbeiten. Der Pachtzins beträgt im Allgemeinen 1/5 des Ertrages in Naturalien. Ausserdem verleiht der Effendi Geld, damit sich die Fellachen die notwendigen Erntegeräte kaufen können. Die Zinsen betragen bis 150%.

Die Effendis bilden einen Teil der Bevölkerung der arabischen Stadt, sofern sie es nicht vorziehen, ihre Revenue, die von ihren Aufsachern eingetrieben wird, im Ausland zu vernehmen. Einige von ihnen verkaufen auch Teile des Bodens und richten auf dem Rest eine intensive Pflanzungswirtschaft ein. In dem Masse, wie die Effendis von der Pachtwirtschaft zur Plantagenwirtschaft übergehen, werden die Fellachen zu Lohnarbeitern.

Bodenschätzung 1929:	
Angebaut	5515 km ²
Bebaubar, aber nicht angebaut	3380 "
Unkultivierbar, Wald und Weide	7750 "
Nicht spezifiziert	3346 "
	<u>20000 km²</u>

Der Rest von 6000 km² wahrscheinlich Wüste.

Die arabische Stadt ist hauptsächlich Handelsstadt. Die Einwohner, Händler und Handwerker haben meistens noch Landbesitz.

Die jüdische Kolonisation begann um 1880. Ein Baron Rothschild rettete damals die vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch stehende ersten jüdischen Dörfer durch Einführung veredelter Kulturen und durch finanzielle Unterstützung. 1896 fand der erste zionistische Kongress statt, auf dem als Ziel "Die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina" proklamiert wurde.

Es besteht ein nationaler Bodenfond (KKL) und ein Palästina Gründungsfond. (KH). Der KKL, die Bodenkauzentrale der zionistischen Organisation, wurde im Jahre 1903 zu dem Zweck ins Leben gerufen, Boden als unveräusserliches Eigentum für das jüdische Volk zu erwerben. Der Boden, der von den arabischen Besitzern, Effendis und Familien, Klans und Dorfkommunen gekauft, wobei es oft zur Vertreibung der Fellachen vom Boden der Effendis kommt. In einigen Fällen der neueren Zeit werden den Arabern kleinere Bodenflächen zur Verfügung gelassen, die sie nur intensiv mit Krediten und modernen Hilfsmitteln bebauen. Der KKL besass 1934 41.500 ha Boden. Der KH begann seine Tätigkeit im Jahre 1931 und finanziert landwirtschaftliche Kolonisation, städtische Kolonisation, Erziehung, Einwanderung, Gesundheitswesen, religiöse und kommunale Einrichtungen. Beide Fonds unterstehen der zionistischen Exekutive und dem Aktionskomitee, die von dem Kongress, der alle zwei Jahre zusammentritt, gewählt werden. Der Kongress wird auf demokratischer Grundlage von den zionistischen Organisationen aller Länder gewählt und dabei finanziert. Jeder, der ein Schilling bezahlt, hat Stimmrecht und wählt die Delegierten. Die zionistischen Körperschaften sind mit anderen nichtzionistisch-jüdischen Körperschaften zu erweiterten Jewish Agency vereinigt.

Die jüdische Landwirtschaft besteht aus Plantagenwirtschaft, gemischter Wirtschaft und Getreidebau. In den Plantagen (Ende 1934: 15.000 ha. jüdisch, 10.000 ha arabisch) werden Citrusfrüchte, Mandeln und Wein gepflanzt. Die Betriebsarten sind Latifundien (vor 5 ha aufwärts), intensive Bauernwirtschaften (1,5 - 2,5 ha) und Kommunen.

In der Gemischt-Wirtschaft besteht Gemüse- und Viehzucht zur Produktion von Milch und Käse und Geflügelzucht mit Eierproduktion. In dieser Wirtschaft herrschen kleine Bauern vor, die zu Produktionsgenossenschaften zusammengeschlossen sind.

Das Getreide wird von den ca. 10.000 Arbeitern der Kommunen und Arbeitersiedlungen in der Ebene Jasreel und von den Bauern in Galiläa gepflanzt. Ausserdem gibt es landwirtschaftliche Siedlungen um Haifa, Petach Tiqva, Kfar Saba und die jüdischen Kolonien herum, deren Besitzer noch in der Stadt als Arbeiter und Angestellte arbeiten. Diese Hilfswirtschaften sollen aber zur Grundwirtschaft werden.

In Palästina herrscht durch die grosse Einwanderung der letzten Jahre eine gesteigerte Nachfrage nach Boden für landwirtschaftliche Zwecke und in den Städten für Bauten. Dadurch steigen die Bodenpreise ständig und die Bodenspekulation hat einen riesigen Umfang angenommen. Nach palästinensischem (türkischer) Bodenrecht muss beim Kauf ein Viertel des Kaufpreises angezahlt werden, der Rest nach sechs Monaten. Die Grundstücksgesellschaften kaufen also Boden, der ungefähr das Vierfache ihres Kapitals kostet. Sie parzellieren den Boden und verkaufen ihn bei dem bestehenden Boden hunger mit erheblichen Gewinnen und können so ihren Verpflichtungen nachkommen. Wenn aber der Boden hunger nachlässt, z.B. durch Angebot billigen Bodens und Ausbeutungsmöglichkeit billiger Arbeitskraft auf der Insel Cypern, und die Gesellschaften den Boden nicht loswerden, also auch den Restbetrag nicht zahlen können, verfällt die Anzahlung und der Kauf wird hinfällig. Die Gesellschaften haben dann ihr Kapital verloren und hiermit ist eine Krisenmöglichkeit gegeben, die in einem Land, in dem die Bodenspekulation eine so herrschende Rolle spielt, bemerkenswerte Folgen haben muss.

Der KKL versucht die Spekulation auszuschliessen und vergibt seine Böden in Erbpacht. Aber da der Fond (ebenso wie der KH) aus Spenden und Sammlungen besteht, kann er nicht mit dem Boden hunger Schritt halten. Denn der Boden hunger ist wie die Einwanderung eine Folge der Verelendung der jüdischen Massen und ihrer Angst vor der endgültigen Proletarisierung. Die fortschreitende Verelendung muss aber auch auf die Geldsammlungen einen hemmenden Einfluss haben. Das Land aber ist im Besitz des Feudaladels und seine Preise steigen. Die Gelder des KKL reichen nicht aus und er sieht sich gezwungen grosse Landkäufe privater Gesellschaften zu fördern, die er vermittelt. So gewinnt die Spekulation immer mehr Einfluss und die landhungrigen Massen der arabischen und jüdischen Landbevölkerung stehen vor der Aufgabe die Fesseln der feudalen und kapitalistischen Eigentumsverhältnisse zu zerbrechen. Die Bodenfrage ist aber nicht nur auf Palästina beschränkt.

.....
Eine wichtige Rolle in der Bauindustrie spielen die Arbeiter-Cooperativen, die als Unternehmer auftreten. Sie nehmen Aufträge an, führen die Bauten aus und stellen noch ungelernete Arbeiter an. Alle erhalten den gleichen Lohn und der Gewinn wird unter die Stamm-Mitglieder der Cooperative (Kewuza) genannt) verteilt unter Ausschluss der nicht zur Kewuza gehörigen Lohnarbeiter. Ein Lohnarbeiter kann nur bis zu drei Monaten in der Kewuza arbeiten. Dann muss er entweder in die Kewuza als Mitglied eintreten und einen Anteil einzahlen. Da der Anteil meistens sehr hoch ist, so muss der Arbeiter den Arbeitsplatz verlassen und damit kehrt sich diese Verordnung der Gewerkschaft in ihr Gegenteil um. Anstatt die Arbeiter innerhalb des Kapitalismus von der Lohnarbeit zu befreien, stößt sie die Arbeiter alle drei Monate auf den Markt zurück.

Auch das gesamte jüdische Autobus- und Transportwesen, das wegen des geringen Eisenbahnnetzes sehr verzweigt ist, liegt in den Händen einiger solcher Genossenschaften. Mit der Entwicklung des Verkehrs entstanden auch Karosseriewerke, während die Motoren noch importiert werden. Auch der Strassenbau wird in grosser Masse durchgeführt. Hauptsächlich von der Regierung, teils auch von den Kommunen. Augenblicklich wird die Wasserleitung von Ras el 'Ain (Jaffa) nach Jerusalem gebaut. Die Länge der Wasserleitung beträgt ungefähr 65 km und sie steigt vom Meeresspiegel auf 800 m. Diese Arbeit, ein Regierungsauftrag, wird von der Gewerkschaft als Unternehmer ausgeführt. Die Palestine Railway Potash Company, ein englisch-jüdisches Konsortium, hat die Konzession zur Ausbeutung der Mineralschätze des Toten Meeres und ist ein modernes Grossunternehmen der Chemie. Das Betreten des Geländes der Company ist aber streng verboten. Es sollen dort Gifte für die Kriegsführung hergestellt werden. Fabriken für Produktion von Kunstseide haben in letzter Zeit geschlossen, weil es nicht möglich war die Löhne der Arbeiter so zu drücken und weil die Arbeitsmethoden nicht weiter intensiviert werden konnten um der japanischen Konkurrenz standzuhalten.

.....
Die Partei der "Revisionisten", die faschistische Partei der Juden erstrebt den Judenstaat zu beiden Seiten des Jordan (also auch Transjordan). Ihr Programm ähnelt dem italienischen. Sie predigen die Volksgemeinschaft auf der Grundlage der jüdischen Tradition. Hier haben sie Berührungspunkte mit den Misrachi, der jüdischen klerikalen Partei, die über die Schabbat-Ruhe und über die religiöse Küche und Erziehung wacht und die in diesen Beziehungen auf dem letzten zionistischen Kongress von der Arbeiterpartei, die fast 50% aller Mandate hatte und von den liberalen Parteien weitgehende Zugeständnisse erhielt. Die Revisionisten wollen die Frage des Verhältnisses von Juden zu Arabern in dem Sinne lösen, dass die Araber in Palästina eine nationale Minderheit bilden sollen mit vom Judenstaat kontrollierten gewissen Rechten kultureller und religiöser Autonomie. Die Revisionisten sind aus der Gesamtorganisation der Zionisten ausgetreten und nehmen nicht mehr am Kongress teil. Sie halten einen eigenen Kongress ab. Eine Abspaltung von ihnen, die Judenstaats-Partei ist aber im allgemeinen zionistischen Weltkongress verblieben und bildet dort den äussersten rechten Flügel.

In Palästina ist jetzt der Jude automatisch Mitglied der Knesset-Jisraël, einer Organisation, der das gesamte jüdische Erziehungswesen, die jüdische Kirche, Unterstützungswesen, etc. unterstehen und deren Exekutiv-Komitee, der Wa'ad le 'umi (Nationalrat) als Vertretung der jüdischen Bevölkerung mit der Regierung verhandelt.

Die Araber werden bei der Regierung hauptsächlich vom mu-selmanischen Rat mit dem Mufti von Jerusalem an der Spitze, vertreten. Es gibt aber auch arabische Parteien, die hervorgegangen sind aus der grossen arabischen Freiheitsbewegung und dem arabischen Aufstand, der 1917-18, von den Engländern unterstützt, die arabischen Länder von der jahrhundertelangen türkischen Unterdrückung befreite. Aber die arabischen Beduinen und Städter hatten noch nicht

die Kraft der Macht des englischen und französischen Imperialismus zu widerstehen, die es auch viel geschickter als die Fürsten vermögen die arabischen Länder in ihre Weltreiche einzufügen.

Die Histadrut hat die Aufgabe, den jüdischen Arbeitsmarkt. Es gibt weder staatliche noch städtische Arbeitsämter. Eine Arbeitslosenunterstützung existiert nicht. Die Histadrut vermittelt die Arbeiter an die Unternehmer, die damit den Tarif anerkennen. Die Unternehmer sind ausserdem noch in eigenen Unternehmerverbänden zusammengeschlossen, die aber noch keine Gewerkschaften besitzen.

Demgegenüber ist die Histadrut im Stande den Lohn in allgemeinen durchzusetzen, wobei die vornehmlich geringe Arbeitslosigkeit, der immer noch herrschende Mangel an Facharbeitern und die geringe Höhe der Löhne begünstigend wirken. Die jüdische Bourgeoisie kann auch nicht einfach die billigere arabische Arbeitskraft ausbeuten, weil es nicht so viele gebildete Araber gibt und die jüdische Arbeiterklasse einen gewissen politischen Schutz gegenüber den Arabern bieten soll. Denn die jüdische Bourgeoisie sitzt ja nicht - wie die englische - ausserhalb des Landes. Auf dem Lande, in der Plantagenwirtschaft, ist das anders. Dort werden zum grossen Teil arabische Arbeitskräfte ausgebeutet, die erfahren und billig sind. Allerdings sind auch die Löhne der arabischen Landarbeiter erheblich gestiegen. Trotzdem die Histadrut sehr energisch durch Posten stehen gegen das Eindringen arabischer Arbeitskräfte auf dem Lande kämpft, kann sie nicht verhindern, dass die Pflanzler weiter arabische Arbeiter (meistens frühere Fellachen) beschäftigen und dass diese arabischen Arbeiter mit den Formen gewerkschaftlicher Kämpfe vertraut werden, die sie auch schon verschiedentlich mit Erfolg anwendeten. Die Histadrut ging sogar so weit, dass sie einen Betrieb in Tel-Aviv (Klebtischlerei) bekämpfte, in dem ein revolutionärer arabischer Arbeiter angestellt war. Als die Arbeiter des Betriebes sich mit dem arabischen Genossen solidarisch erklärten, entstand eine Schlägerei zwischen den Betriebsarbeitern und den Gewerkschaftsfunktionären und gegen die Betriebsarbeiter wurde ein Verfahren auf Ausschluss aus der Histadrut eingeleitet. Ausschluss aus der Histadrut bedeutet soviel wie Verlust der Arbeitsmöglichkeit. Denn obwohl die Histadrut offiziell für alle Arbeiter Arbeit vermittelt, so herrscht doch ein solcher Protektionismus, dass oppositionelle oder ausgeschlossene Arbeiter keine Arbeit bekommen. In dieser Beziehung kann man die Histadrut als eine staatliche Organisation bezeichnen. Sie kann es in den meisten Fällen durchsetzen, dass Arbeiter, die nicht in ihr organisiert sind, von keinem Unternehmer mehr beschäftigt werden.

Der Histadrut ist eine allgemeine Krankenkasse angeschlossen, die über Krankenhäuser, Erholungsheime und gute Ärzte verfügt. Die Histadrut baut Arbeiterwohnsiedlungen und Wohnblocks in denen Arbeiterfamilien Wohnungen bekommen, die durch Abzahlungen zu ihrem Privateigentum werden.

Die vorherrschende Fraktion in der Histadrut ist die Arbeiterpartei (MAPAI). Sie hat ca. 8000 Mitglieder und ist der II. Internationale lose angeschlossen. Ausserdem hat sie in den verschiedenen Ländern, in denen Juden wohnen, ihr angeschlossene Gruppen (League for Labour Palestine). Sie ist noch nationalistischer als die übrigen dieser Internationale angeschlossenen Parteien.

Sie besetzt alle Behörden in der Histadrut und herrscht dort absolut, umso mehr, da die Funktionäre vom Vorstand ernannt werden.

Der "Hashomer Hazair", ursprünglich eine in Osteuropa stark verbreitete jüdische Jugendorganisation, gewinnt in Palästina immer mehr das Gesicht einer Partei. Bisher aber waren in ihr nur solche Arbeiter und Arbeiterinnen zusammengeschlossen, die auf dem Lande in Arbeiterkommunen (sog. "Kwuzot") leben. Die "Kwuzot" wollen sozialistisches Leben dadurch verwirklichen, dass sie zuerst mit Hilfe von Anleihen des KKL und KH und auf Grund gemeinsamen Einkaufs und Verkaufs, gemeinsamer Küche und gemeinsamer Erziehung der Kinder, ihren Boden bebauen und keine Lohnarbeiter anstellen.

Die Partei "Linke Poale Zion" mit ca. 250 Mitgliedern in Lande und verschiedenen Gruppen in anderen Ländern, besonders in USA und Polen, bildet innerhalb der Histadrut die Opposition, die Demokratisierung des Apparates und gleichberechtigter Organisation der arabischen Arbeiter fordert. Ihr Endziel ist ein Räte-Palästina. Sie ist insofern nationalistisch, als sie die Schaffung eines jüdischen Arbeiterzentrums in Palästina fordert. Die LPZ ist mit den übrigen zionistischen Parteien darin einig, dass eine Assimilation der jüdischen Mittelschichten und Proletarier in den Ländern der Diaspora, auch sogar in der Sowjet-Union, die als erste Etappe des Kommunismus betrachtet wird, unmöglich sei. Sie verlangen, dass nach der Abschaffung des Privateigentums und des Staates noch ein Stadium dauern müsse, in dem den Nationen auf eigenen Territorien die Möglichkeit ihrer kulturellen Entfaltung gegeben werden müsse. Am zionistischen Kongress nimmt sie aber nicht teil. Sie steht auf dem Standpunkt der Komintern, der sie wegen der Differenzen in der Judenfrage nicht angeschlossen ist.

Die illegale palästinensische Kommunistische Partei (PKP) besteht aus ca 100 jüdischen Mitgliedern, die z.T. enttäuschte ehemalige Mitglieder des Hashomer Hazair sind. Da sie ihr Hauptziel darin sieht den englischen Imperialismus zu schwächen, bekämpft sie die jüdische Einwanderung, weil sie in ihr eine Stärkung des englischen Imperialismus sieht. Dafür unterstützt sie jede arabische nationale Bewegung. Sie preist die Prognose der vergangenen Jahre als national-revolutionäre Erhebungen und propagiert anlässlich des italienisch-abessinischen Krieges die Volksfront des arabischen Volkes mit seinen Führern den Efidis und empfiehlt arabische Legionen zu bilden, die nach Abessinien gehen sollen, um dort den italienischen Faschismus zu bekämpfen. Die PKP bemüht sich sehr, ihre Organisation zu arabisieren. Sie tritt als einzige Organisation für die Zahlung von Arbeitslosenunterstützung ein.

Die "Antifa", angeschlossen dem Weltkomitee in Paris, hat ca 500 Mitglieder. Sie steht unter der Führung der LPZ. Sie soll die Grundlage der Einheitsfrontbewegung darstellen zum Kampf gegen Faschismus, Imperialismus und Antisemitismus. Jeder kann Mitglied werden bis auf die Mitglieder der PKP, weil diese die jüdische Einwanderung bekämpfen, während die Antifa und die LPZ auf dem Standpunkt stehen, dass durch die Schaffung eines jüdischen Proletariats in Palästina eine Kraft geschaffen werde, die notgedrungen gegen den Imperialismus wirken müsse; und dass die Bekämpfung des Rechtes der freien Einwanderung und Verwurzelung der jüdischen Arbeiter im Lande chauvinistisch sei.

Tel Aviv,....

November 1935. (gekürzt).

DER AUFSIAHD DER ARABER
IN PALÄSTINA

Die Geschehnisse in Palästina bestätigen wiederum, was das kommunistische Manifest über die revolutionäre Rolle der kapitalistischen Produktionsweise sagt. Auch in Palästina wird eine zurückgebliebene, feudale Produktion von der kapitalistischen verdrängt, - und zwar tritt diese in ihrer gegenwärtigen modernen Form auf, ausgerüstet mit Arbeits- und Transportmitteln, mit Produktionsmethoden und Organisation, die den höchsten Anforderungen genügen. Um so rücksichtsloser geschieht das Verdrängen der alten, überlieferten Arbeitsweise und Gebräuche. Aufstände und Widerstand der Bevölkerung ist die Folge.

Palästina, das bis zum Ende des Weltkrieges zu dem alten türkischen Reich gehörte, wurde dann dem Protektorat Englands unterstellt. Von nun an begannen sich die Juden im Lande anzusiedeln. Zwar waren schon vordem vereinzelt jüdische Siedlungen vorhanden, doch in grösserem Ausmass geschah dies erst, als das neue englische Gouvernement für ihre Sicherheit sorgen konnte. Von dieser Zeit an datieren die Unruhe und der Widerstand der Araber, die sich gegen das Vordringen der jüdischen Niederlassungen zur Wehr setzten. Die letzte grosse Bewegung, die mit dem Generalstreik und dem Boykott der Juden begann und sich auswuchs zu einem Kampf mit den Waffen, war nur ein neues Glied in der Kette vorangegangener Kämpfe, aber sie hat die früheren Kämpfe an Ausdehnung und Heftigkeit bei weitem übertroffen. Der Kampf richtete sich nicht nur gegen die Juden, sondern auch gegen die englische Herrschaft; Palästina war ein Land im Aufstand, und dieser Zustand hat Monate lang gedauert.

Dieser Aufstand ist, ebenso wie alle früheren Widerstandsversuche, durch die bewaffnete Macht Englands unterdrückt, und die kapitalistische Durchdringung des Landes wird, sei es dann mit Erschütterungen, ihren Fortgang finden. Alle kapitalistische Eroberungen in kolonialen oder halbkolonialen Ländern haben bis jetzt dieses Bild gezeigt. Das Besondere des Zustandes in Palästina ist nun, dass das englische Gouvernement nicht selbst als kapitalistischer Eroberer auftritt, sondern als Beschützer der beiden gegensätzlichen Interessen, - der jüdischen und arabischen, - erscheint. Das ändert natürlich nichts an der Tatsache, dass die kapitalistische Eroberung des Landes weiter fortschreitet, ja, es ist gerade die Aufgabe der englischen Regierung, dafür zu sorgen, dass diese sich "geordnet" vollzieht. Aber sie hat ein Interesse daran, dass keine der beiden, einander bekämpfenden Gruppen soviel Selbständigkeit bekommt, dass sie sich der englischen Herrschaft entziehen kann.

Dieser Umstand wirft auch ein Licht auf die Verhältnisse bei den Arabern selbst. Wie rückständig auch die Produktion und die gesellschaftlichen Zustände bei den Arabern sein mögen, doch ist schon eine herrschende Klasse vorhanden, die sich, ebenso wie in den kapitalistischen Ländern, in Parteien organisiert hat und von allen modernen Mitteln der Propaganda und Beeinflussung der öffentlichen Meinung Gebrauch macht um ihre Herrschaft aufrecht zu erhalten - auch gegen die eindringenden kapitalistischen Mächte der Juden. Diese Araber haben Parteien organisiert, geben Zeitschriften und Tageszeitungen heraus, nicht nur in Palästina, sondern auch in anderen arabischen Ländern und selbst in London.

Das deutet darauf hin, dass die alte herrschende Klasse in diesem Lande mit feudalen und rückständigen Produktionsverhältnissen in der Ausbeutung und der Aufrechterhaltung ihrer Macht bereits zu kapitalistischen Methoden übergegangen ist. Dies wird durch die Angaben über die ökonomischen Zustände in der arabischen Produktion bestätigt. So wird berichtet, dass unter dem türkischen Regime grosse Teile des Landes, auf dem Fellachen und Beduinen (arabische Bauern) wohnen, durch List oder Gewalt als Eigentum der Effendis (Grossgrundbesitzer) erklärt wurden. Das ist der Beginn der bekannten, sogenannten "ursprünglichen Akkumulation". Diese wurde fortgesetzt mit "geordneten" und weniger anrüchigen Mitteln. Die primitiven Arbeitsmethoden der Fellachen und die schlechte Bodenbeschaffenheit hatten zur Folge, dass der Ertrag des Bodens zum Unterhalt für ihn und seine Familie kaum ausreichte. Das Eine steht natürlich im engsten Verband mit dem Andern. Wenn nichts übrig bleibt für den Verkauf, um bessere Werkzeuge - und was sonst noch nötig ist für die Verbesserung der Bodenbearbeitung - dafür zurück zu bekommen, dann ist ein grösserer Ertrag nur noch durch extensive Bodenbearbeitung zu erreichen. M.a.W.: der Fellach muss mehr Land bebauen um sich im Leben zu erhalten. Die Effendis haben genug um zu verpachten, aber sie verlangen dafür ein Drittel, oft noch mehr, von dem Ertrag. Der Fellache wird dadurch zu grösserer Arbeitsleistung angespornt, aber es hilft ihm wenig, weil auch sein Arbeitstag eine natürlich Grenze hat und der Effendi ihm als Pacht abnimmt, was ihm aus seiner Notlage heraus helfen könnte. So gerät er immer tiefer in die Schuld beim Effendi, und eine der oft vorkommenden Misseernten gibt ihm den letzten Stoss. Sein Land geht in den Besitz des Effendis über; er arbeitet nun völlig als Pachtbauer und muss ein Drittel, oder noch mehr, von seiner ganzen Ernte abgeben.

Die Folge davon ist eine grosse Konzentration des Grundbesitzes, die sich auch jetzt noch, und seit dem jüdischen Einwanderung sicher in nicht geringerer Masse, durchsetzt. Ein paar Zahlen aus der Zeit eben nach dem Kriege zeigen uns, wie gross der Grundbesitz der Effendis schon war. Es waren:

11	Grossgrundbesitzer mit jeder mehr als 100 000 Dunam (9000 ha).
9	" " " " " " " 30 000 " (2700 ha).
120	" " " " " " " 10 000 " (900 ha).

Diese Effendis hatten ungefähr 3 Millionen Dunam (2700 qklm) im Besitz, d.h. 1/7 der Oberfläche von Palästina, oder den grössten Teil der bebauten Fläche.

Die Macht der herrschenden Klasse bei den Arabern fusst auf diese Abhängigkeit und Unterworfenheit der Landbebauer; sie wird mit allen Mitteln dagegen ankämpfen, dass die Landbevölkerung aus dieser Lage befreit wird. Und aus diesem Grunde kehren sie sich gegen die jüdische Einwanderung, die durch die Umwälzung der alten Produktionsmethoden die sie mitbringt, dafür Möglichkeiten schafft. Die jüdischen Schriften über Palästina sind voll von dieser Seite ihrer Kolonisationsarbeit dort. Sie beschreiben uns den primitiven Fellachen-Betrieb, sie lassen uns den elenden Zustand des Fellachendorfes und seiner Bewohner sehen und verweisen mit Stolz auf die Fellachendörfer in der Nachbarschaft der jüdischen Niederlassungen, die sich mit der Hilfe der jüdischen Kolonisten schon zu einer höheren Stufe von Produktion und täglichem Leben empor gearbeitet haben. Aber das war nur dadurch möglich, dass die Fellachen einen Teil

ihres Bodens an die jüdische Kolonie verkaufen konnten und dadurch imstande waren, das übrig gebliebene Land mit besseren Mitteln, intensiver zu bearbeiten. Die jüdischen Schreiber müssen selber konstatieren, dass es dem Übergrossen Teil der Fellachen, die nicht in solchen günstigen Umständen sind, unmöglich ist, ihre Wirtschaft zu verbessern, und zwar, weil sie nicht über die nötigen Geldmittel verfügen. Von den Fellachen, die immer wieder nach ihrem Lande, auf dem sie seit Jahrhunderten gearbeitet und gelebt haben, wovon sie vertrieben sind, weil die jüdische Kolonie dieses Land vom Effendi gekauft hat, zurückkehren, davon erzählen die jüdischen Schreiber nichts. Aber das ändert nichts an der Tatsache, dass es geschieht, und dass die jüdischen Kolonisten oft in Schwierigkeiten geraten, die sie zu überwinden versuchen, indem sie diesen Fellachen eine Schadenersatzung in Geld geben. Die Kolonisten sind nun der Meinung, dass diese Fellachen ihr "Recht" bekommen haben, aber der Fellach hat andere Rechtsbegriffe. Sein "Recht" bestand seit Jahrhunderten darin, auf seinem Stück Grund zu leben und zu arbeiten, woran selbst der Übergang in den Besitz des Effendis noch nicht viel geändert hatte. Erst die jüdische Kolonie fügte zu der Enteignung auch noch die Vertreibung vom Grund hinzu. Hier wird die Frage des "Rechts" in ihrer einfachsten Form gestellt: Die Menschen einer alten Produktionsweise werden durch die Vertreter einer neuen verdrängt, hier bestehen keine "Rechte", sondern der Stärkere setzt sich durch.

Die Juden berufen sich auf ihr historisches "Recht" aus der Geschichte des Altertums, die sagt, dass Palästina das "Land ihrer Väter" war. Aber dieses "Recht" bekam erst Bedeutung, als es der englischen Regierung nach dem Weltkriege gelegen kam, es anerkannte und seine Verwirklichung zusagte. Jetzt erst konnten die jüdischen Schreiber auf die Frage, wem der Grund in Palästina gehörte, antworten: "Der Grund gehört dem jüdischen Volke und den arabischen Bewohnern des Landes." Bei Licht besehen ist beides eine Phrase. Grund und Boden gehören in Wirklichkeit den arabischen Grossgrundbesitzern welche diejenigen die ihn bebauen unter ihrer Gewalt haben, oder er gehört denjenigen Juden, die über genug Geld verfügen, um ihn von den Effendis zu kaufen.

Auch dort, wo das "Kommunistische Manifest" davon spricht, dass der Kapitalismus "nach ganz andere Dinge als Kreuzzüge und Völkerwanderungen" zuwegegebracht habe, findet es, durch die Geschehnisse in Palästina und die jüdische Einwanderung, seine Bestätigung. Die Immigration der Juden in Palästina hat mit beiden Dingen eine Ähnlichkeit, sie ist sowohl Völkerwanderung als auch Kreuzzug. Sie ist eine Völkerwanderung, hervorgerufen durch den Druck des modernen Kapitalismus. In Deutschland hat die Vertreibung der Juden die Form einer politischen Aktion angenommen, aber auch in anderen kapitalistischen Ländern nimmt der auf die Juden ausgeübte Druck immer schärfere Formen an. Der wesentliche Grund hierfür liegt in der Position die die jüdische Bevölkerungsgruppe bisher zur Hauptsache im wirtschaftlichen Leben der Völker einnahm und noch mehr oder weniger innehat. Sie befasste sich mit dem Handel, wurde während langer Zeit kaum zu den bürgerlichen Berufen zugelassen und stand sozusagen in jedem Lande zwischen den ökonomischen und gesellschaftlichen Organismen. Aber doch waren die durch sie verrichteten Dienste notwendig, denn der Handel hatte die Funktion, die noch mehr oder weniger selbständigen Gebiete des gesellschaftlichen Lebens miteinander zu verbinden. In der Jetztzeit jedoch, wo diese Selbständigkeit der Erwerbszweige für das Fortbestehen der Gesellschaft gefährlich wird, wo diese in einer grossen Organisation, den nationalen Staat, zu einem festgefügt Ganzen aneinander geschweisst werden, verliert die Funktion des jüdischen Bevölkerungsteils seine Bedeutung und wird mit der Zeit völlig überflüssig.

Die Juden haben im Lauf der Jahrhunderte, dank ihrer Glaubensgemeinschaft, ihre Geschlossenheit bewahrt. In jedem einzelnen Lande standen sie ausserhalb der Produktion und des Betriebslebens, aber sie waren über alle Grenzen hinaus zu einem festen Ganzen zusammengeschlossen, eine Tatsache, die sie für ihre Mittlerrolle ganz besonders geeignet machte.

Dieselbe Tatsache trägt nun jedoch dazu bei, dass sie als Ganzes aus ihrem Platze herausgestossen werden und vor der Aufgabe stehen, sich eine eigene Heimat zu erobern. Ihre Völkerwanderung wird jetzt eine Art Kreuzzug; ziehen sie doch als "Juden" in jenes Land zurück, aus dem sie vor 20 Jahrhunderten vertrieben wurden.

Obschon die jüdische Religion das ideelle Band ist welches den jüdischen Emigranten ermöglicht nach Palästina, und gerade nach Palästina auszuwandern, dort angekommen, müssen sie sich als moderne Landbebauer und Städtebauer betätigen. Sie errichten dort eine kapitalistische Gesellschaft in Miniatur. Sie kaufen sich Land, und weil der moderne Landbetrieb grosse Flächen davon benötigt, kommt ihnen die bisherige Konzentration des Landbesitzes in den Händen der Effendis sehr gelegen. So ist denn auch 90% des heutigen jüdischen Landbesitzes von den Latifundienbesitzern gekauft, nur 10% stammen von den Fellachen. Fast ein Viertel des jüdischen Grundbesitzes, nämlich 280 000 Dunam (25 200 ha) sind von einer Familie gekauft (Sursuck), weitere 150 000 Dunam (13 500 ha) entstammen dem Besitz von 13 Effendis.

Durch die von jüdischer Seite getätigten Landkäufe, ist der Preis von Grund und Boden beträchtlich in die Höhe gegangen. Die arabischen Grossgrundbesitzer sind natürlich an dieser Preissteigerung interessiert, allerdings nur insoweit sie als Verkäufer tätig sind, also ihr Land für den Verkauf an die Immigranten brauchbar ist. Die Fellachen dagegen haben in den weitaus meisten Fällen von diesen Preissteigerungen keinerlei Vorteil, da ihr Land ja mehr oder weniger an die Effendis verpfändet ist. Im Gegenteil, jetzt nachdem der Wert des Landes nach kapitalistischen Massen gemessen wird, erhöht sich die Pacht welche sie aufzubringen haben, während sie bessere Methoden der Exploitation ihres Landes infolge Mangel an Kapital nicht zur Anwendung bringen können. Hieraus folgt eine weitere Konzentration des Landbesitzes in den Händen der Effendis. Statistische Angaben aus den Jahren 1920 - 1927 bestätigen dieses. In diesen acht Jahren sind 750 000 Dunam (67 500 ha) Land von arabischer Seite verkauft. 365 000 Dunam (32 850 ha) davon gingen in jüdische Hände, während der Rest, fast die Hälfte der Gesamtfläche von Arabern, das heisst Effendis, gekauft wurde. Die kapitalistische Enteignung des feudalen Landbebauers übertrifft also bei weitem die Grenzen der jüdischen Kolonisation.

Die jüdischen Berichtersteller können oder wollen diese Tatsache nicht in ihrer wahren Bedeutung aufzeigen. Sie verweisen auf die Vorteile die der arabischen Bevölkerung durch die Einwanderung zuteil werden. Die Wertsteigerung des Landes ist eines ihrer Argumente; wir haben oben jedoch gezeigt, dass hiervon fast nur die Effendis profitieren. Aber dann ist doch noch die Möglichkeit des Verkaufs von Landbauprodukten an die jüdischen Kolonisten, oder die Gelegenheit für von ihrem Land vertriebene Fellache um bei jüdischen Kolonien oder beim Städtebau als Lohnarbeiter Beschäftigung zu finden. Es wird auf die Verbesserung und den Neubau von Wegen hingewiesen. In 1921 bestanden 460 km im ganzen Jahre brauchbare Wege und 1000 km Sommerwege, 1929 waren die Zahlen auf 750 km

1933, 1500 km angewachsen. Automobile gab es in 1930 ungefähr 80 Stück im ganzen Land, 1935 war ihre Anzahl auf 1700 gestiegen und 1938 zählte man 3000 Automobile.

Dieses sind allesamt "Vorteile", die zweifellos das Ergebnis der Entwicklung kapitalistischer Produktionskräfte sind. Es kommt nur darauf an, ob diese "Vorteile" auch von der arabischen Bevölkerung als solche empfunden werden. Hierbei ist dann zu sagen, dass dies leider sehr fraghaft ist. Denn die Einführung kapitalistischer Produktionsverhältnisse geht immer gepaart mit der Enteignung der unmittelbaren Produzenten von ihren Produktionsmitteln. Letztere treten ihnen dann als Kapitaleigentum entgegen, und sie müssen, um am Leben zu bleiben, ihre Arbeitskraft verkaufen. Solange nach dieser Arbeitskraft Nachfrage besteht und sie genügend bezahlt wird, profitiert der Träger der Arbeitskraft von den "Vorteilen" des kapitalistischen "Fortschritts" und der "Zivilisation".

Ob dieses und in welchem Masse dies der Fall ist, hängt jedoch nicht ab vom guten Willen der kolonisierenden Juden, sondern wird von der nach eigenen Bewegungsgesetzen verlaufenden Konjunktur des Gesamtkapitalismus bestimmt.

Niemand, und sei es der meist begeisterte "Kulturbringer", kann sich diesen Gesetzmässigkeiten entziehen. Dieses wird auch den jüdischen Kommunisten und Sozialisten die in Palästina eine Welt nach ihren Idealen aufbauen mochten, zum Bewusstsein gebracht. Hat man auch versucht, kommunistische Gemeinschaften in Kleinen zu errichten, sehr schnell zeigte sich, dass solche Experimente ebenso wenig Lebensfähigkeit besitzen wie die Produktionskooperativen in den Ländern des modernen Kapitalismus. Auch diesen "kommunistischen" Gemeinschaften bleibt nichts Anderes übrig, als genau so zu handeln, wie es das kapitalistische Unternehmen tun muss. Sie müssen die Voraussetzungen der Produktion in Eigentum nehmen, müssen das Land und die Produktionsmittel kaufen und für den Markt produzieren. Auf diese Weise fungieren dann Grundbesitz und Produktionsmittel als Kapital, die Arbeit, die darauf verrichtet wird kann nur dienen um dieses Kapital fruchtbar, oder rentabel zu machen.

Diesem Gesetz können sich weder die "kommunistischen Gemeinschaften", noch die eingeborenen Bauern, die Fellachen, Beduinen usw. entziehen. Hierbei kommt dann auch die andere Seite der kapitalistische Produktionsweise in unseren Gesichtskreis, sie ist nämlich nicht nur eine solche die mit modernen Mitteln arbeitet, die die Erträge des Landes vielfältigt und gegenüber den rückständigen Methoden der Eingeborenen einen riesigen Fortschritt bedeutet, sondern sie ist zugleich Kapitalproduktion. Nur dann wenn sie den Kapitalbedürfnissen und Kapitalrechten genügt, ist ihr die Möglichkeit des Funktionierens gegeben. Das heisst mit anderen Worten: es genügt nicht mehr zu produzieren und den Arbeitsertrag zu erhöhen, es ist nötig, diese Produkte zu genügend hohen Preisen zu verkaufen. Es ist der Markt wo bestimmt wird, ob die Produktion den Kapitalnotwendigkeiten entspricht.

Kapitalistische Produktion ist Produktion für den Markt und nicht für Eigenbedarf. Hierdurch ist sie allen Schwankungen des Marktes, allen Veränderungen von Angebot und Nachfrage unterworfen. Besteht nach einem Produkt eine genügende Nachfrage, so ist den Produzenten desselben ein Wachstum ihrer Unternehmen versichert und alle, die an diesem Zweig beteiligt sind, können in den Genuss von Vorteilen; die Kapitalisten erhalten ihren Zins, die Unternehmer ihre Profite und die Arbeiter ihren Lohn. In dem

Moment aber, wo die Nachfrage nach einem Produkt sich einschränkt, erhält der sich und seiner Produktion befassende Zweig der Wirtschaft einen Rückschlag. Kapitalzins und Unternehmerprofite verschwinden, die Hände der Lohnarbeiter bleiben leer. Es offenbart sich dann die Schattenseite der kapitalistischen Produktionsweise, die Entwicklung derselben zeigt die Anzeichen des Verfalls.

Die junge kapitalistische Gesellschaft, die den Händen der jüdischen Einwanderung entsprang, konnte sich, gleich allen anderen, diesen Gesetzmässigkeiten nicht entziehen. Und besonders deshalb nicht weil sie, seit Beginn ihrer Entwicklung sich mit der Produktion für den Weltmarkt befasste. Sie hatte darum keine andere Wahl, da die modernen Produktionsmittel, die Automobile, Traktoren, Maschinen, Baumaterialien usw., die dem Ausland entstammen, einzig und allein mittels des Umsatzes palästinensischer Produkte auf dem Weltmarkt bezahlt werden konnten. Unter diesen Produkten nehmen Apfelsinen und andere Südfrüchte den wichtigsten Platz ein. Die Weltwirtschaftskrise die um 1930 herum begann, hat gerade in Bezug auf diese Produkte eine ungeheure Einschränkung des Absatzes zuwegegebracht, welche eine sehr fühlbare Auswirkung auf die Entwicklung Palästinas haben musste. Auf diese Weise hat die durch die Juden in das feudale, rückständige Land eingeführte kapitalistische Produktionsweise, noch bevor sie sich einigermaßen durchzusetzen vermochte, ihre Schattenseite, die kapitalistische Krise, gebracht. Die Schläge dieser Krise haben vor allem die wirtschaftlich Schwachen getroffen, es ist dies hauptsächlich die arabische Landbevölkerung, welche entweder ihres Landes beraubt, als Lohnarbeiter ihr Leben fristeten, oder sich der kapitalistischen Produktion für den Markt einigermaßen angepasst hatten. Jetzt, nach 15 Jahren jüdischer Kolonisation, sind sie ihren früheren Lebensverhältnissen entrissen, eine Rückkehr in diese ist ausgeschlossen. Ihr Grund und Boden den sie verloren, befindet sich in den Händen der jüdischen Kolonien; diejenigen Fellachen, denen eine Umstellung auf die Marktproduktion möglich war, wissen nicht, wohin mit den Produkten ihrer Arbeit. Wie die Araber auf diesen hoffnungslosen Zustand reagieren, ist bekannt, ihre Verzweiflung entlädt sich in Form von Wut gegen die jüdische Einwanderung. Diese Letztere erscheint in ihren Augen als schuldig an den heutigen Zuständen, sie hat dieselben geschaffen. Dass es lediglich die kapitalistische Produktionsweise ist, die sie erst emporhob und dann in tieferes Elend als je zuvor zurückstieß, können sie nicht erkennen.

Für die Araber erscheinen die ins Land gekommenen Juden als Ursache des heutigen Elends; sie haben die Araber von ihrem Land "vertrieben". Hatten sie früher auch kein all zu gutes Leben, so schafften sie doch auf ihrem eigenen Besitz und schlugen sich durchs Leben. Generationen hatten so gelebt; soweit man zurückdenken konnte, hatte es so recht und schlecht gegangen. An dieses Leben sind ihre Sitten gebunden, welche ihren allgemeinen Rahmen in den Lehren der Religion des Islams finden. Aus allen diesen ihren Traditionen wurden sie in kurzer Zeit herausgerissen, eine Tatsache, die allein schon Widerstand und Rebellion zur Folge haben musste. Von der Harnäckigkeit des Widerstandes den die arabischen Landbauern und Proletarier entwickelten, hat die ganze Presse ein Bild gegeben. Hier ist lediglich auszusprechen, dass alle Aktionen hoffnungslos sind. Hoffnungslos nicht nur darum, weil ein Kampf gegen bessere Produktionsmittel und -Methoden immer aussichtslos ist,

sondern auch, weil die von ihrem Land vertriebenen Fellachen kein eigenes Ziel haben. Sie sind auch heute noch unterworfen an ihre alten Herrscher und dienen diesen lediglich als Werkzeug. Die Herrscher brauchen sie um den eindringenden jüdischen Kapitalmächten gegenüber, die Oberherrschaft zu behalten. Die Effendis, die den Streit der Araber führen, setzen sich nicht zum Ziel, die Fellachen ihren alten Besitz zurückzugeben, ebensowenig wie sie ernsthaft danach streben können, die jüdische Einwanderung ungeschehen zu machen. Ihnen geht es darum, Grund und Kapitalbesitz des Landes in ihre Hände zu bekommen oder zumindest es zu kontrollieren. Hierfür wäre es notwendig die Verfügung über die politische Macht zu haben. Dies ist dann auch der Punkt worum der ganze Kampf sich dreht.

Hier ist das Motiv des arabischen Kampfes um die Unabhängigkeit, der sowohl gegen die jüdische Kapitalmacht, als auch gegen England gerichtet ist. Dass auch die Dritte Internationale, deren Ableger in Palästina zwar von wenig Bedeutung ist, die "nationalen Losungen" der Effendis unterstützt, dürfte jetzt, 19 Jahre nach der Oktoberrevolution, niemand mehr verwundern, Augenscheinlich handelt man im Interesse des russischen Staates, der in Asien gegen England agiert.

Die jüdische Arbeiterorganisation in Palästina (Histadruth) ist in der selben Lage als die arabischen Fellachen. Sie ist für die Förderung der jüdischen kapitalistischen Kolonisation und kämpft im gefolge der jüdischen kapitalistischen Kräfte, sie helfend ihrem Streben nach der politischen Macht zum Erfolg zu bringen. Erst dann, wenn der jüdische Arbeiter gemeinsam mit den zu Proletarier gewordenen Fellachen gegen Effendis und jüdische Kapitalisten zum Kampf aufsteht und siegend, die heutige Produktionsweise zerschlägt, wird Raum sein für beide Völker, für Juden und Araber. Bis dahin wird mit den alten Produktionsverhältnissen auch die Bevölkerung die an sie gebunden ist, vernichtet werden. Es sind dies nicht die Effendis, sondern arabische Landarbeiter, Fellachen und Beduinen.

Aus Barcelona

wird die Herausgabe einer Broschüre:

"WAS SIND DIE C.N.T. UND DIE F.A.I."

angekündigt. Wir entnehmen der Ankündigung das Folgende:

"Die Broschüre enthält Material, das zur Bildung eines Urteils über die Ereignisse in Spanien völlig unerlässlich und noch an keiner anderen Stelle in dieser Form veröffentlicht worden ist. Ausserdem handelt es sich nicht nur um die Beurteilung der inner-spanischen Vorgänge. Was in Spanien geschieht, wird in anderen Ländern seine Auswirkung finden. Dazu aber ist auch im Interesse des Auslandes eine Kenntnisnahme von den Tatbeständen nötig."

"Die Broschüre kostet einen französischen Franken. Bestellungen sind zu richten an den Verlag: (Siehe Umschlag)

ASY - Verlag
Barcelona
Calle de Aribau 18 pr.

N. Für Bestellungen aus dem Auslande wird mit der Zusendung der Broschüren, noch eine Adresse angegeben, wohin Zahlungen zu richten sind.

Read:

INTERNATIONAL COUNCIL CORRESPONDENCE

published by the Groups of Council Communists of America

10 ¢ a copy

£ 1.00 yearly

Do write at our corresponding-address.

Oni legu:

"K L A S B A T A L O " N

eldonatan de grupo de revoluciaj Esperantistoj.

Landaj prezoj kiel "Rätekorrespondenz".

Skribu al nia korespond-adreso.

An unsere Leser!

Da unsere finanziellen Mittel völlig erschöpft sind, was zu einem guten Teil durch die sehr mangelhafte Abrechnung der Abonnementgelder verursacht wird, bitten wir so schnell wie möglich das Versäumte nachzuholen. Selbst wenn das unverweilt geschieht, sind unsere Schwierigkeiten noch nicht behoben, da die Unkosten regelmässig grösser sind als was an Abonnenten einkommt. Wir haben bis jetzt aus freiwilligen Beiträgen das Fehlende angefüllt und es wäre sehr erwünscht, wenn sich unsere Leser im Auslande daran beteiligen würden.

Gruppe internationaler Kommunisten
Holland.